

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schred-Konto Hannover Nr. 57018  
Viro-Konto Bank der Arbeiter und  
Angestellten, Berlin S 14, Wollfr. 40

Abonnementpreis d. Voten vierteljährl. 3.— RM., d. die Post 3,60 RM. Einzel-Nr. 50 Pf.  
Anzeigen: Die 25 mm breite mm-Zeile od. deren Raum 40 Pf. Platydruckungen ausgeschlossen



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: H. Handmann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wilmshanser Straße 38 42

Telefon-Nummern: 4300, 4301  
Telegramm: Altverband Bochum

### Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung.

#### Bericht des Enquete-Ausschusses.

Der Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, der Mitte 1926 auf Grund eines Reichsgesetzes mit dem Ziele einberufen wurde, ein Gesamtbild der deutschen Wirtschaft zu geben, ist bereits mit einigen instruktiven Veröffentlichungen der Arbeiten seiner Unterausschüsse hervorgetreten. Der 4. Unterausschuss, dessen Aufgabe es war, zu ermitteln, welchen Einfluß Arbeitslohn und Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung in den letzten Jahren ausgeübt haben, legt jetzt das Ergebnis seiner Untersuchungen, soweit sie sich auf den Steinkohlenbergbau beziehen, in einer Darstellung der „Arbeitsverhältnisse im Steinkohlenbergbau in den Jahren 1912/26“ nebst einer Sonderveröffentlichung über „Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsleistung im Steinkohlenbergbau“ vor. Sowohl der umfangreiche Materialbericht als auch die zusammenfassende Uebersicht über den Gang und die Resultate der angestellten Untersuchungen vermitteln ein eindrucksvolles Bild von der Kompliziertheit der bergbaulichen Produktions- und Arbeitsbedingungen. Angesichts dieser Schwierigkeiten lag es dem Arbeitsleistungsausschuss, dem neben Wissenschaftlern namhafte Sachverständige aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkreisen angehörten bzw. von ihm hinzugezogen worden waren, ob, seine Arbeitsmethoden und den Umfang seiner Untersuchungen näher zu bestimmen. Der Ausschuss hat sich in seinen Anfangssitzungen für die isolierende Methode entschieden, die bemüht ist, innerhalb der einzelnen ausgewählten Betriebe (sechs rheinisch-westfälische und vier ober-schlesische Gruben) eine Aussonderung aller derjenigen Faktoren zu versuchen, die auf der Arbeitszeit und Lohn auch noch geeignet sind, die Arbeitsleistung zu beeinflussen. Er gelangte dann im Verlaufe seiner Arbeiten dazu, neben dem Arbeitszeit- und Lohnproblem überhaupt die Bedingungen des Produktionseffektes im Steinkohlenbergbau generell festzustellen.

Die beabsichtigte eindeutige urfällige Zuordnung zwischen Arbeitszeit und Lohn und Arbeitsleistung hat sich als unmöglich erwiesen.

Die bedeutenden Veränderungen der natürlichen und technischen Bedingungen des Steinkohlenbergbaues haben eine Lösung der eigentlichen Untersuchungsaufgabe verhindert, so daß eindeutige und allgemeingültige Schlussfolgerungen aus den vorgelegten Materialien nicht zu ziehen sind. Es zeigte sich, daß die Leistung, sowohl der Aufwand als auch der Verlauf und das Ergebnis der Leistung im Bergbau, in besonderer Weise durch andere Umstände beeinflusst sind, die zum erheblichen Teile außerhalb der Persönlichkeit des Arbeiters stehen, wie insbesondere die geologischen und die Betriebsverhältnisse und die Abbautechnik, Umstände, die jedenfalls nicht in der Arbeitszeit oder dem Arbeitslohn begründet liegen. Wenn auch die Möglichkeit exakter Messungen der Zusammenhänge mit der Arbeitsleistung nicht gegeben war, so hat doch die Untersuchung zu einer Reihe von Einzelergebnissen geführt, die zur Aufhellung der vielschichtigen Zusammenhänge wesentlich beitragen werden. Von besonderem Interesse sind auch die ausführlichen methodischen Vorbemerkungen, die die Unsicherheit und Unbestimmtheit der in der Bergbaustatistik gebräuchlichen Begriffe ins rechte Licht gerückt haben. Teilweise hat sich deshalb der Arbeitsleistungsausschuss gezwungen gesehen, die Grundbegriffe der Untersuchung insbesondere zur Messung von Fördermenge, Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung vollständig neu zu prägen. Es wäre für alle am Bergbau Beteiligten nützlich, daraus die Lehre zu ziehen, die nicht zweifelhaften Grundlagen der Bergbaustatistik nachzuprüfen und sie einheitlich festzulegen.

Bei der Untersuchung des Steinkohlenbergbaues ist der Begriff „Arbeitsleistung“ auf die persönliche Tätigkeit des Arbeiters bezogen worden. Die vorhandenen statistischen Unterlagen gestatten jedoch nicht, diese Arbeitsergebnisse im einzelnen mengenmäßig zu erkennen. Der statistisch ausgewiesene Förderanteil oder Schichtförderanteil ergibt kein Urteil über den Leistungsaufwand des einzelnen Arbeiters, da auf den einzelnen Arbeiter ungleiche Zahlen von Schichten entfallen können und auch die Länge der Schichten (z. B. unter Tage und über Tage) sehr verschieden ist. Der Arbeitsleistungsausschuss hat sich bemüht, den Produktionseffekt auf den Kopf des „Vollarbeiters“ umzulegen, um auf diesem Wege zu einer einwandfreien Zurechnung des Leistungsergebnisses auf den Leistungsaufwand zu gelangen. Auch dieser Versuch ist im großen und ganzen nicht zur vollen Befriedigung ausgefallen. Immerhin darf als festgestellt gelten, daß

Arbeitszeitveränderungen nicht oder mindestens nicht ausschließlich als Ursache von Leistungsveränderungen

angesehen werden können. So hat sich beispielsweise seit 1924 die Höhe der Stundenförderanteile ganz außerordentlich verändert: „Aber diese Veränderung kam schon aus dem Grunde nicht von den kleinen Schwankungen der durchschnittlichen Arbeitszeitdauer verursacht sein“ — so sagt der Bericht —, „weil ihr Ausmaß dazu in gar keinem Verhältnis steht. In der Höhe der Stundenförderanteile kommt vielmehr die jeweilige Betriebsintensität, die wiederum durch den Grad der Mechanisierung in erster Linie bedingt ist, zum Ausdruck und die Höhe der Stundenförderanteile ist demnach

besonders durch sachliche, nicht so sehr durch persönliche Faktoren der Arbeitsleistung beeinflusst. Auch in der Höhe der Tagesförderanteile treten die Wirkungen von Arbeitszeitveränderungen ganz zurück hinter den Wirkungen von Veränderungen der Betriebsintensität.“ Das trifft auch auf die Verlängerung der Schichtzeit infolge der Mehrarbeitsabkommen zu. Zwar ist nach dieser Arbeitszeitverlängerung fast überall ein sehr starkes Ansteigen nicht nur der Tagesförderanteile, sondern auch der Stundenförderanteile zu verzeichnen gewesen. Jedoch kann diese Tatsache im Hinblick auf die damals sonst noch wirksam gewesenen effizienternden Faktoren keineswegs lediglich als Auswirkung der Arbeitszeitverlängerung hingestellt werden. Der Ausschuss sagt sehr richtig, daß gegenüber dem abnorm tiefen Stand des Leistungseffektes am Ende der Inflation jede Verbesserung in der Wirtschaftslage und größere Sicherheit der Währung zu einer Leistungssteigerung führen mußte, „gleichviel, wie die Arbeitszeit sich entwickelte“. Fernerhin mußte sich durch die Entlassung nicht unmittelbar produktiver Arbeiter schon rein rechnerisch der Förderanteil für die im Werke verbliebenen Arbeiter erhöhen. Ebenso fiel die Verlängerung der reinen Arbeitszeit durch bessere Ausnutzung der Schichtzeit (revierweise Seilfahrt, mechanische Personenförderung, Wegfall der Futterpaufe zu Beginn der Schicht) in eine Zeit starker technischer betriebsorganisatorischer Verbesserungen, „deren Wirkung auf das Leistungsergebnis so groß war, daß daneben die Auswirkungen aus der besseren Ausnutzung der Schichtarbeitszeit mit Sicherheit nicht festzustellen waren“.

Die Bedeutung des Arbeitszeitfaktors für die Steigerung der Leistungsergebnisse ist von den Arbeitgebern offensichtlich übertrieben worden. Wer sich der Unternehmertüchtigkeit: „Nur Mehrarbeit kann uns retten!“ erinnert, wird die gewiß sehr vorsichtig formulierten Untersuchungsergebnisse des Arbeitsleistungsausschusses als einen positiven Fortschritt der wirtschafts- und betriebswirtschaftlichen Erkenntnis anerkennen. Jedenfalls hat hier ein mit öffentlicher Autorität angestellter Enquete-Ausschuss die innere Brichtigkeit hergebrachter Unternehmerargumentationen deutlich herausgestellt, welche Tatsache wir als einen Gewinn für kommende wirtschafts- und sozialpolitische Auseinandersetzungen buchen dürfen.

#### Bedeutung des Lohnfaktors.

Bezüglich des Lohnfaktors ist der Unterausschuss ebenfalls nicht zu allgemein-gültigen Zuordnungen gelangt. Immerhin kann, zwar nicht durch Feststellungen statistischer Art, aber durch Ergebnisse des Erhebungsverfahrens, als erwiesen angesehen werden, „daß die Betriebsintensität und die Arbeitsleistung bei Festsetzung eines Geldinges steigen, welches nach Auffassung des Arbeiters den Schwierigkeiten seiner Arbeitsstelle angepaßt ist und ihn die Möglichkeit des Mehrverdienstes über den tariflich festgesetzten Mindestlohn in ausreichendem Maße gewährt — dies um so mehr, je höher bei Spitzenleistungen der Lohnverdienst gesteigert werden kann“. Leider bildet die Festlegung der Geldingehöhe den Gegenstand ständiger Reibereien und Mißbilligungen zwischen den Arbeitern und der Werksleitung. Von den vernommenen Betriebsräten sind bittere Klagen über vielfach vorkommende einseitige Gebingefestsetzungen, wobei „Gebingeköpfen“ und Festsetzen eines „Scheingebingegeldes“ nur zu oft sich ereigneten, vorgebracht worden. „Allgemein litt seit der Rationalisierung der Betriebe“ — so heißt es an einer Stelle des Berichtes —, „die Arbeitsfreudigkeit des Arbeiters unter dem Umstand, daß der Förderanteil des Arbeiters gestiegen ist, während der Geldverdienst nicht in demselben Maße wuchs.“ Im Bewußtsein der Arbeiter sei die Ansicht vorherrschend geblieben, daß trotz der Lohnerhöhung eine angemessene Bezahlung für die Arbeiter noch nicht erreicht ist. Auf die dadurch hervorgerufene Mißstimmung werden von Seiten der Arbeiter auch Minderleistungen zurückgeführt. Daß die Art der Lohnregelung und die Höhe des Reallohnes nicht nur die seelische Verfassung des Arbeiters, sondern auch die körperliche Leistungsfähigkeit beeinflusst, liegt auf der Hand. Insbesondere hängt der Ernährungszustand des Arbeiters von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und von der Kaufkraft seines Arbeitsverdienstes ab. Ueber den Grad des Ernährungszustandes gehen die Meinungen auseinander. Während von Seiten der Werksleitungen der Ernährungszustand der Belegschaften im allgemeinen und in neuerer Zeit als befriedigend und als demjenigen vor dem Kriege oder demjenigen der übrigen Bevölkerung entsprechend bezeichnet wird, wird von Seiten der Betriebsräte fast allgemein darüber geklagt, daß die Ernährungszustände ungünstig seien.

#### Sonstige Umstände, die auf die Arbeitsleistung einwirken.

So wesentlich diese Begleitumstände für die geistlichen- und willensmäßige Einstellung des Arbeiters zu seiner Arbeit auch sind, insofern neben seiner durch die Lebenshaltung bedingten Arbeitsfähigkeit auf den Produktionserfolg einwirken, hat die Möglichkeit exakter Messungen der Beziehungen zwischen Lohnsystem, Lohnhöhe und Arbeitsleistung nicht bestanden. Der zwischen den beiden Faktoren bestehende Zusammenhang ist hier durch andere Zusammenhänge überdeckt worden. In sonstigen Umständen, die außer Arbeitszeit und Lohn auf die Arbeitsleistung einwirken, nennt der Enquete-Bericht folgende:

1. Die Ausstattung der Betriebe mit maschinellen Hilfsmitteln für Gewinnung und Transport der Kohlen im Zusammenhang mit den Anforderungen der einzelnen Geräte und Maschinen an die Arbeiter und mit der Arbeitsorganisation.
2. Die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters, bestimmt durch Gesundheit, Ernährung, Ausbildung, geistige und seelische Verfassung.

3. Die Leistungsfähigkeit der Gesamtbelegschaft, bestimmt durch ihre Gliederung und Ausbildung und Fähigkeit, nach Lebens- und Berufsalter, nach ihrer Stetigkeit auf dem einzelnen Werte und nach der Betriebsdisziplin.
4. Die Regelung des Wohnungswesens, die Annäherung zur Arbeitsstelle, die Freizeitbeschäftigung.
5. Die geologischen und atmosphärischen Verhältnisse, der Zustand der Betriebspunkte und der Strecken.
6. Die Lage des Abfahrs, der Einfluß von Konjunktur und Politik.

#### Wirkung der Technisierung auf den Arbeiter.

Von den die Leistung mitbestimmenden Faktoren steht die Mechanisierung bzw. Technisierung des Bergbaubetriebes, insbesondere unter Tage, an erster Stelle. Neben den natürlichen Abbauverhältnissen ist der Technik ein starker Einfluß auf die menschliche Arbeitsleistung zuzuschreiben. Allerdings liegen die Dinge nicht so, daß die Einführung der Abbau- und Bohrhammer sowie der Schrämmaschinen für die Kohलगewinnung, der Schütteltruckschen sowie der Seilbahnkapeln für den Kohletransport nun dazu geführt hätte, den Arbeiter und den Einfluß seiner persönlichen Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit auszuschalten. Insbesondere sind der Abbau- und der Bohrhammer nur verbesserte Handwerkzeuge, deren Wirksamkeit in hohem Maße von der Art ihrer Verwendung durch den Arbeiter abhängt — so führt der Arbeitsleistungsausschuss aus. Auch die Schrämmaschine verlangt gleichfalls die verantwortliche Bedienung durch den Bauer, während die Schütteltrucksche ein Transportmittel ist, das die ganze Belegschaft der betreffenden Betriebsabteilung zur Venturarbeit zwingt, auf deren Ausmaß dem einzelnen Bergmann kein Einfluß mehr zukommt. Infolge der damit verbundenen Beschleunigung des Arbeitstempos ist von den Betriebsräten darüber geklagt worden, daß manche Arbeiter sich geblendet fühlten, auf den Ausbau genügende Aufmerksamkeit zu verwenden. Aber nicht nur das; „Ferner verursacht auch das durch die Maschinen bedingte beschleunigte Arbeitstempo, das oft über das dem einzelnen Arbeiter adäquate (angemessene — Red.) Arbeitstempo hinausgeht, nervöse Anstrengung und Erschöpfung“, so lautet die Feststellung des Ausschusses.

Daneben waren freilich auch eine Anzahl günstiger Wirkungen der Technisierung festzustellen. Durch Einführung der Schrämmaschinen und Abbauhämmer ist beispielsweise die Schließerarbeit eingeschränkt und dadurch die durch das Schließen verursachten Unfälle vermindert worden.

Andererseits ist durch Bohr- und Abbauhämmer die Zahl der Unfälle und Gesundheitschädigungen namentlich die der Luetzungen und teilweise auch Muskelschädigungen durch Rückschläge, vermehrt worden. Eine besonders lästige Störung brachte der mit der Vermehrung der Maschinen untrennbar verbundene Lärm mit sich, der nicht nur die Nerven angriff, sondern auch die rechtzeitige Beachtung von Warnungssignalen vor Unfällen erschwerte. Daraus mag sich auch die häufiger auftretende gefühlsmäßige Ablehnung der Mechanisierung, namentlich bei den älteren Arbeitern, erklären, die zumeist damit begründet wird, daß die Arbeit in den mechanisierten Betrieben körperlich, zumindest aber wegen des Lärms und der Mehrbeanspruchung der Aufmerksamkeit geistig stärker anstrengte. Zu einem einseitigen Gesamturteil darüber, ob der Arbeitsaufwand in der Schicht bei der Arbeit mit Schrämmaschine, Abbauhämmer und Bohrhammer größer sei, als er bei der Arbeit mit früheren Handwerkzeugen war, konnte der Enquete-Ausschuss nicht gelangen. Zeit steht dagegen, daß die betrieblichen Wirkungen der Mechanisierung, namentlich die Steigerung der Fördermenge, der meist auch eine Verringerung der Kosten gegenübersteht, durchaus günstig zu beurteilen sind.

Die Veränderungen in der Belegschaftszusammensetzung und in ihrem Altersaufbau hat der Enquete-Ausschuss ebenso in Betracht gezogen wie die geologischen und atmosphärischen Verhältnisse, die Abklage und ganz besonders auch die Wohnungsverhältnisse. Hierbei ergab sich, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter unter den häufig recht langen Anmarschwegen ebenso litt wie unter der Ungunst der Wohnverhältnisse, wobei hauptsächlich auf die zu enge Belegung der Wohnungen hingewiesen wird. Die Länge der Anmarschwege hat auch die dem Arbeiter zur Verfügung stehende Freizeit verknüpft, von der allerdings noch nicht immer durchweg ein vernünftiger Gebrauch gemacht wird. Dennoch ist das starke Wüßungsstreben, das insbesondere durch die Gewerkschaften unterstützt wird, deutlich hervorgetreten. Auch scheint der Alkoholkonsum nach dem Kriege zurückgegangen zu sein; besonders stark sei der Rückgang des Schnapskonsums.

In einer gedrängten Uebersicht wie der vorliegenden ist es natürlich nicht möglich, alle die interessanten Einzelfeststellungen zu erwähnen, die der Bericht des Arbeitsleistungsausschusses enthält. Es wäre zu wünschen, daß die wertvollen Hinweise des Berichtes allseitig gewürdigt würden. Man hat von einem „mageren Ergebnis“ dieses Teiles der Wirtschaftsenquete gesprochen. Dies trifft jedoch nur für das Endresultat insofern zu, als trotz der anerkanntswerten Bemühungen des Enquete-Ausschusses die

#### Beziehungen zwischen Arbeitszeit und Arbeitslohn zur Arbeitsleistung in weitem Umfange problematisch geblieben

sind. Die Schwierigkeiten liegen im Objekt, so daß dem Ausschuss daraus wohl kaum ein Vorwurf zu machen ist. Vielleicht hätte eine bessere Gliederung des Stoffes die Uebersicht erleichtert, wie auch manche Formulierungen an Deutlichkeit zu wünschen übrig lassen. Alles in allem ist der Bericht der aufmerksamen Beachtung aller am Bergbau Beteiligten wert.

# Achtung, Verbandskameraden!

Die kommunistische Presse führt einen ständigen Kampf gegen die Gewerkschaften in ihrem heutigen Bestande. Maßlose Schimpfereien und Verleumdungen gegenüber Angestellten und Funktionären füllen täglich die Spalten dieser Presse. Die Absicht ist: **Zerstörung des Vertrauens zwischen Mitgliedschaft und Führung mit dem Ziele, die Gewerkschaftsfunktionen in kommunistische Hände zu bringen!** Jahrelang hatte man in einer Umwandlung von maßloser, aber hohler Einbildung und Selbstüberhebung versucht, eigene Gewerkschaften aufzulösen, um so die „reformistischen“ Verbände einfach aufzulösen. Der Erfolg war so abschreckend für die deutschen Arbeiter, daß nichts, aber auch gar nichts mehr von diesem üblen Spult übrig geblieben ist. Man denke z. B. nur an die Union und ihren katastrophalen Niedergang und Bankrott.

Die Kommunisten haben daraus nichts gelernt und — doch halt: sie haben wohl daraus gelernt, wenigstens die kommunistischen Redakteure und Parteisekretäre. Als letztere nämlich einsehen mußten, daß zum Organisieren des Proletariats doch etwas mehr gehört als ein großer Mund und Schimpfen auf die Klassenbrüder, die ihre Pflichten nicht beachten, da kamen sie nämlich auf den schlauesten Gedanken, das Organisieren anderen zu überlassen und sich fertige Führerkräfte zu suchen. Aber auch hier ist diesen Leuten das Glück nicht hold, da es nicht genug Tölpel in den Gewerkschaften gibt, die sich zum Danklanger solcher Postul machen lassen, die im Grunde nur persönliche Streberlust befriedigen sollte. Gerade bei uns im Bergarbeiterverband erstikten und erleiden sie diesbezüglich ein geradezu klägliches Fiasko, weil unsere Mitglieder wissen, daß der Verband unter kommunistischer Herrschaft à la Union bald der Vergangenheit angehören würde. Diese Tatsache fordert nun den besonderen Haß dieser Leute heraus gegen unsere Organisation und deren Führung und immer wieder versuchen sie mit allen erlaubten und unerlaubten, verwerflichsten und schädlichsten Mitteln, unseren festen Organisationsbau zu berennen, um festere Füße im Körper des Verbandes fassen zu können.

Auch jetzt, nachdem auf dem Kongress der Komintern in Moskau verstärkter Angriff auf die Gewerkschaften verkündet wurde, will man auch bei uns wieder mit neuen Methoden und durch verstärkte Offensive mehr Feld zu gewinnen suchen. Von verschiedenen Seiten wurden wir bereits unterrichtet, daß von der kommunistischen Partei Einladungen an die Funktionäre versandt werden zu Besprechungen mit dem Ziele: Entfaltung gesteigerter Tätigkeit zur Umwandlung des Verbandes in eine Klassenkampfororganisation (lies: kommunistische Parteigruppe). Auch diesmal folgen ihr nur harmlose Schwärmer oder die letzten Reste von denen, die auch im Gewerkschaftsleben nicht alle werden. Die Plattform für dieses verstärkte Wirken soll auch in Zukunft wieder die sogenannte Opposition sein. Unter diesem Namen verbirgt sich also in Wirklichkeit nichts anderes, als der organisierte Kampf der kommunistischen Parteisekretäre und -redakteure um die Eroberung der Führerstellen im Bergarbeiterverband!

Das ist eine Tatsache, die zum Totlachen wäre, wenn man nicht die betrübliche Feststellung machen könnte, daß sich zu diesem politischen Spiel auch Kameraden hergeben (die wir vorhin harmlose Schwärmer nannten), welche tatsächlich der Auffassung sind, in einer ehrlichen Kampffront zu stehen zum Besten ihres Verbandes, und so

einer wirklich fruchtbringenden Mitarbeit entfremdet werden. Wir sehen dabei ganz ab von der ungeheuren Schädlichkeit der ganzen Sache, die für die Organisation darin liegt, daß damit alles andere, nur nicht das Vertrauen der Unorganisierten zur Organisation gewonnen werden kann. Wir möchten deshalb auch schon im Anfang dieser neuen (wer weiß noch wievielen?) Aktion unsere Mitglieder auf das kommende Wirken und die Tätigkeit der sogenannten Opposition aufmerksam machen, die in Zukunft nur noch reine kommunistische Parteipolitik im Verbandsverband pflegen darf. Die kommunistische Partei will diesmal ganz besonders strenge Parole gehalten wissen. Jede abweichende Meinung wird als Parteiverrat geahndet. Persönliche Meinung gibt es dabei überhaupt nicht mehr. Den besten Beweis hierfür liefert das nachstehende Schreiben an unseren Verbandskameraden Ernst in Katernberg:

„Bezirksleitung Ruhrgebiet. Essen, den 6. 8. 1928.  
Org.-Abt.“

Herrn August Ernst, Katernberg, Sevensstr. 17.

Wir teilen Dir hierdurch mit, daß Du auf Antrag der Ortsgruppenleitung unserer Partei Katernberg wegen schweren Disziplinverstoßes und Parteischädigung aus der Partei ausgeschlossen bist.

Begründung:

Du hast in einer Funktionärsitzung des B.V. am 28. 7. 1928 gegen einen von der Partei vorgeschlagenen Kandidaten Stellung genommen und die Partei der Sozialdemokratie denunziert. In einer anderen ähnlichen Versammlung hast Du gleichfalls gegen einen Parteigenossen Stellung genommen und bist offen für einen Sozialdemokraten eingetreten.

Diese Deine Haltung bedeutet einen offenen Parteiverrat und Parteiberräter haben in der kommunistischen Partei keinen Platz.

Gegen diesen Entscheid der Bezirksleitung kannst Du nach dem Organisationsstatut der Partei innerhalb 14 Tagen bei der zentralen Beschwerde-Kommission Beschwerde einlegen.

Hochachtungsvoll!

Kom. Partei Deutschlands, Bez. Ruhrgebiet, Org.-Abt.“

Es ist also damit klar erwiesen, daß die sogenannte Opposition in Zukunft nur noch im Auftrage der kommunistischen Partei wirken wird, weil sie ja nur noch in diesem Auftrage wirken darf bei Vermeidung des Ausschlusses. Damit finden ihre Sprecher zu Kapazeien herab, die sich eben erzwungenermaßen ihres aufgetragenen Sprüchleins entledigen. Wir bitten alle Mitglieder, dies in Zukunft wohl zu beachten und das Wirken der Leute entsprechend zu bewerten.

Zum Schluß möchten wir noch unter Hinweis auf die sich hier offenbarende Ausschlusspraxis der kommunistischen Partei bemerken, daß angesichts derselben das Gezeter der Opposition gegen die wohlbegründeten Ausschüsse des Verbandes nur nach mitleidigem Lächeln werten kann.

## Hilfe, ich bin Millionär!

Oder: „Ernte Geistesverwirrung“.

Europa, besonders Deutschland, schaut immer noch mit neidischen Blicken hinüber über das große Wasser nach Amerika, wo die Wirtschaft im Verhältnis zu uns eine ungeahnte Entwicklung nach oben zeigt. Die besten amerikanischen Sachverständigen versichern uns immer wieder, daß unser Reid zu Unrecht bestehe, weil wir jederzeit das amerikanische Wirtschaftswunder auch bei uns Wirklichkeit werden lassen könnten. Das ganze Geheimnis bestehe darin: hohe Löhne zu zahlen und — Häuser zu bauen.

bleiben wir heute bei der letztgenannten Möglichkeit und stellen wir ergänzend fest, daß darin ja gerade der glänzende Vorteil für uns liege, weil wir doch in Deutschland nichts notwendiger haben als Wohnhäuser. Also, spucken wir in die Hände und bauen!

„Haaaalt — —, so einfach ist die Sache nun doch nicht“, klingt da plötzlich die näselnde Stimme unserer bezopften Bürokratie in die Menge des arbeits- und bauhungrigen Volkes. Und dann beginnt es mit: Wohlerwägen und Prüfen, Geldmangel, Gefahr der Auslandsverschuldung, Untragbarkeit der Zinsenlast und so fort. Und all die anfangs so unternehmungslustigen und tatenfrohen Bürger verzehren sich immer mehr unter dem schonend gehaltenen Lächeln der „vorsichtigen Verwaltungspolitik“ über — so scheint es — ihre geistige Harmlosigkeit in solchen Sachen.

Nun hat sich aber mal wieder einer der ganz Großen ein Herz gefaßt und jenem „vorsichtigen Verwaltungsgeist“ ein derbes Wort gesagt, das eigentlich schon längst als volkswirtschaftliche Erkenntnis im Hirne eines jeder einfachen Proleten brannte und jetzt erst allmählich in die Leitung der „andern“ einzudringen scheint.

Kein anderer wie der weltbekannte Nationalökonom J. M. Keynes machte kürzlich dem englischen Finanzminister Vorwürfe wegen seiner „verhängnisvollen Sparjamkeit, wenn es sich um Ausgaben für öffentliche Zwecke handelt“. Er begründete seine Vorwürfe auf folgende Weise: „Jede öffentliche Verwaltung und jede Gemeinde sollte ermutigt und unterstützt werden, die Pläne für Kapitalanlagen, die fertig vorliegen oder vorbereitet werden können, durchzuführen, wie Straßen-, Brücken-, Hafenanbauten, Errichtung von Gebäuden, Niederlegung verschmutzter Viertel, Elektrifizierungen, Telephonverbindungen usw. Solange wir unbeschäftigte Arbeiter sowie stillliegende Fabriken und mehr Ersparnisse haben, als wir zu Hause verwenden, ist es töricht zu sagen, daß wir uns diese Dinge nicht leisten können. Denn mit den unbeschäftigten Arbeitern und Fabrikanlagen und mit nichts anderem werden diese Dinge getan. Arbeiter, Zement, Stahl, Maschinen und Transportmöglichkeiten zur Verfügung zu haben und zu sagen, daß man es sich nicht leisten kann, den Bau von Häusern oder was es sonst auch sein mag, in Angriff zu nehmen, bedeutet ernste Geistesverwirrung.“

Die treffenden Bemerkungen von Keynes verdienen ernstlich beachtet und beherzigt zu werden. In ihnen steht auch die Forderung, den englischen Wohnungsbau mit allen Mitteln zu fördern.

In bezug auf den Wohnungsbau bei uns knüpft nun die „Weltwirtschaftliche Korrespondenz“ hieran an:

„Wie ist nun die Lage in Deutschland, wo die Wohnungsnot bekanntlich unvergleichlich größer ist als in England? Unbeschäftigte Arbeiter, die Häuser bauen und Baumaterialien, Kohle, Eisen, Zement, Glas, Möbel usw. herstellen könnten, sind auch in Deutschland da; auch in Deutschland haben wir eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit. Die Fabrikanlagen, die Baustoffe liefern sollen, sind in Deutschland ebenfalls vorhanden, sie können ihre Leistungsfähigkeit bei weitem nicht ausnützen. Die Anlagen der Zementindustrie waren selbst im Jahre 1927, zur Zeit der Hochkonjunktur, nur bis zu 60 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Daß der Kohlenbergbau mit Feierschichten arbeiten muß, weil für die Kohle kein ausreichender Absatz da ist, ist hinlänglich bekannt. Ebenso, daß die Eisen- und Stahlwerke ihre Leistungsfähigkeit bei weitem nicht ausnützen vermögen, insbesondere nicht, seitdem eine so erhebliche Abschwächung der Konjunktur eingetreten ist. Dasselbe trifft für die Herstellung von Glas, Möbeln usw. zu. Auch unausgenutzte Transportmittel stehen für den Transport der Baustoffe zur Verfügung. Ja, man kann wohl ruhig sagen, daß alle diese unausgenutzten Produktionsfaktoren in Deutschland in einem noch höheren Maße vorhanden sind als in England. Nach Keynes ist es unter solchen Umständen geradezu töricht, zu sagen, daß wir uns diese Dinge, das heißt den Wohnungsbau und die anderen öffentlichen Anlagen, nicht leisten können. Dies zu behaupten bedeutete sogar „ernste Geistesverwirrung“.

Aber — so sagen die Neunmalweisen, die sich für „verantwortlich“ halten — das stimmt sehr schön und wir könnten auch bauen, wenn wir nicht das Geld im Auslande pumpen müßten und — (bekannte Walze).

Wir wollen den Unterschied — sagt die „Weltwirtschaftliche Korrespondenz“ hier weiter — zwischen der Finanzierung des Wohnungsbaus aus inländischen bzw. aus ausländischen Mitteln nicht übersehen. Indessen möchten wir behaupten, daß dieser Unterschied — volkswirtschaftlich — bei weitem nicht so groß ist, als dies auf den ersten Blick erscheinen kann. Was bedeutet die Finanzierung des Wohnungsbaus aus Auslandsanleihen, wenn wir nicht die technische Seite der Finanzierung, sondern den volkswirtschaftlichen Prozeß, der dahinter steht, ins Auge fassen? Wie wir sahen, brauchen wir, was Kohle, Eisen, Transportmittel, Zement usw. anbelangt, nicht die Hilfe des Auslandes, um hier Wohnungen bauen zu können.

Auch brauchen wir nicht ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen; die im Inland unbeschäftigten Kräfte würden völlig ausreichen. Weshalb benötigt man dennoch Auslandskapitalien für den Wohnungsbau? Bei einer ausgedehnten Wohnbautätigkeit werden mehr Arbeiter eingestellt, wird weniger Kurzarbeit geleistet, die Löhne können steigen, das heißt die Arbeiterkraft wird mehr verbraucht, als wenn sie auf Kurzarbeit oder Arbeitslosenunterstützung gestellt ist. Dies bedeutet aber einen gesteigerten Bedarf an Lebens- und Genussmitteln und anderen Bedarfsartikeln, die im Inland nicht in genügender Menge hergestellt werden. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß ein großer Teil der Verbrauchsartikel, nach welchen bei einer Wohnbaukonjunktur ein zusätzlicher Bedarf entstehen würde, im Inland hergestellt werden könnte, und allein ein Mehrbedarf an Rohstoffeinfuhr entstehen würde. Während zum Beispiel im Konjunkturjahr 1927 die deutschen Textilfabriken derart beschäftigt waren, daß der gesteigerte Bedarf der Bevölkerung nur unter Heranziehung einer umfangreichen Einfuhr befriedigt werden konnte, steht heute ein großer Teil der Textilmaschinen still und die Arbeiter sind gezwungen, Kurzarbeit zu leisten. Bei einer Wohnbaukonjunktur könnten nun die Anlagen der Textilindustrie besser bzw. voll ausgenutzt werden. Es würde sich allein ein größerer Einfuhrbedarf an Baumwolle und anderen Textilrohstoffen ergeben. Aus diesen Erwägungen geht hervor, daß eine Wohnbaukonjunktur nur eine im Vergleich zum Wert der erstellten Wohnungen relativ geringe Mehreinfuhr nötig macht. Man könnte vielleicht auf Geratewohl behaupten, daß, wenn Wohnungen im Werte von 2 Milliarden Mark neu gebaut werden sollen, der Mehrbedarf an Einfuhr vielleicht 15 bis 20 Prozent, das ist 3- bis 400 Millionen ausmachen würde; den Rest des neu entstandenen Wertes könnte man im Inland erzeugen, ohne daß man Arbeitskräfte und Sachkapitalien (Kohle, Maschinen, Transportmittel usw.) von anderen wichtigeren Verwendungsmöglichkeiten zu entziehen brauchte. Mit anderen Worten: durch den Verzicht auf eine Mehreinfuhr von 3- bis 400 Millionen — um bei unserem Beispiel zu bleiben — läßt sich die Volkswirtschaft eine Bereicherung von 1,6 bis 1,7 Milliarden Mark entgehen, die unwiederbringlich verloren sind, nur weil man deren Produktion nicht ermöglicht hat.

Um diese „ernste Geistesverwirrung“ in ihrer ganzen Gefährlichkeit zu verstehen, noch folgendes:

Nach dem Reichsarbeitsministerium soll es in Deutschland 600 000 fehlende Wohnungen geben. In Wirklichkeit kann die Wohnungsnot in Deutschland nur durch den Bau einer Million Wohnungen gehoben werden. 250 000 Wohnungen müßten jährlich gebaut werden, wenn in absehbarer Zeit die schlimmste Wohnungsnot überwunden werden soll. 250 000 Wohnungen erfordern einen Kapitaleinsatz von rd. 2,5 Milliarden Mark. Daß diese gewaltige Summe nicht im Inlande aufgebracht werden kann, dürfte erklärlich sein. Auslandsgelder aber sollen für den Wohnungsbau im allgemeinen nicht verwandt werden. Herr Schacht, seines Zeichens Reichsbankpräsident, wehrt sich dagegen und der Leiter der Beratungsstelle, Geheimrat Norden, scheint ein solch bezopfter Bürokrat zu sein, daß er seinen Einfluß darauf verwendet, ausländisches Geld für den Wohnungsbau nicht hereinkommen zu lassen. Man wendet noch ein, daß der Wohnungsbau keine produktive Anlage sei. Aber auch diese Ansicht wird von einsichtigen Volkswirtschaftlern glatt abgelehnt. Der Berliner Stadtbaurat, Herr Martin Wagner, nahm im „Berliner Tageblatt“ zu diesem Problem Stellung und bemerkte dabei u. a.:

„Was hindert uns, dieses Kapital für den Wohnungsbau im Ausland aufzunehmen? Da steht zunächst die Beratungsstelle mit ihrer These: Der Wohnungsbau stellt keine „produktive“ Kapitalanlage dar. Will man mit dieser These, die den Bau von Kanonen, die Produktion von Luxusgütern und die Börsenspekulationen für „produktiv“ hält, nicht endlich Schluß machen und einsehen, daß die Wohnung ein lebenswichtiges Bedarfsgut des Menschen, ja mehr noch das Sanatorium ist, in dem die zum Teil in qualvoller Arbeit verbrauchten Arbeitskräfte der Großstädte täglich erneuert werden? Die höchste Quantität wie die höchste Qualität der Arbeit ist von einer menschenwürdigen Wohnung abhängig.“

Im „Magazin der Wirtschaft“ macht der bekannte Schriftsteller Georg Bernhard folgenden durchaus begrüßenswerten Vorschlag: „Man sollte einmal die Mitglieder der Beratungsstelle zwingen, einige Monate lang in einer Fabrik zu arbeiten, und sie für diese Zeit in Arbeiterwohnungen unterzubringen, die etwa eine Eisenbahnstunde vom Arbeitsort entfernt liegen. Ich habe den Eindruck, daß sie nach sechzig- bis neunzigmaligem Hin- und Herfahren zu einer anderen Ansicht kommen würden.“

Der niedergehenden Konjunktur könnte Einhalt geboten werden, wenn der Wohnungsbau stärker in Angriff genommen würde. Daß dies nur durch Auslandskredite möglich ist, dürfte klar sein. Haarspaltereien darüber, ob der Wohnungsbau produktiv sei, soll man unproduktiven Bürokratie überlassen. Die praktische Wirtschaft muß über sie hinausgehen. Das Wohnungsproblem kann verwirklicht werden, wenn die gesetzgebenden Körperschaften dem Mahnruf folgen, der in der Nummer 14/15 der „Wohnungswirtschaft“ vom 1. August an sie ergeht. Dort wird klipp und klar erklärt:

„Die gemeinnützigen Organisationen des Wohnungs- und Siedlungswesens, Genossenschaften, Vereine und Wohnungsfürsorgegesellschaften sind bereit und in der Lage, viel mehr Wohnungen preiswert zu erstellen und sie zu günstigen Bedingungen zu vermieten, wenn die öffentliche Hand durch eine großzügige Wohnungspolitik die Bahn frei macht. Die Wohnungslosen warten: Mögen die neuen Regierungen und Parlamente ihre Schuldigkeit tun!“

Die Wohnungslosen warten! Hoffentlich nicht allzu lange mehr!

# Klassenjustiz pfeift auf Bergmannsleben.

Der Beruf des Bergmanns ist besonders schwer und gefährlich. Nicht umsonst vergleicht man seine Arbeitskleidung mit dem Totenhemd. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß der Bergarbeiter bei seiner Arbeit stets von Todesgefahr umgeben ist und nie wissen kann, wann er zur Arbeitsstelle will, ob er nicht auf der Tote nbahre wieder den Heimweg zurücklegen wird. Im Kampfe mit all den schweren Gefahren, die ihn umlauern, hat er deshalb die Sympathien der gesamten Umwelt für sich. Wirklich der gesamten?

Wir waren wenigstens bis jetzt geneigt, so zu hoffen. Es scheint aber, als ob man mit solcher Hoffnung nur schwere Enttäuschung erfahren kann. Wenigstens soll man das glauben auf Grund von Tatsachen, die uns von Zeche de Wendel bekannt werden, aber großes Interesse für den gesamten Bergbau besitzen.

In einer Sitzung des Betriebsausschusses von de Wendel mit der Bergbehörde wurden auch Verhandlungen gepflogen über die beängstigende Zunahme der Betriebsunsicherheit. Anlaß hierzu gab ein Zeitungsartikel, der diesbezüglich gegen die Verwaltung schwere Anklagen erhob. Tatsächlich haben sich die Behauptungen in dem betreffenden Artikel als wahr erwiesen. Von der Bergbehörde wurde dann auch zum Ausdruck gebracht, daß sie natürlich die Verwaltung in keiner Weise decken wolle. Als darauf hin ein Mitglied des Ausschusses erregt sagte, daß die Bergbehörde doch die Herren, die sich hier sträflicher Verfehlungen schuldig machten, zur Bestrafung melden sollte, erwiderte ein Bergarbeiter:

„Dafür gibt es keine Justiz. Wir schicken die Sachen dem Staatsanwalt und der Staatsanwalt schickt sie mit dem Bemerkten zurück: „Es kann keine Anklage erhoben werden, da kein öffentliches Interesse vorliegt!“

Darin liegt eine so schwere Anklage gegen die Staatsanwaltschaft aus kompetentem Munde, daß sie alle Welt aufhorchen lassen muß.

Und wenn die Staatsanwaltschaft hierzu schweigt, dann rechtfertigt sie die von uns stets erhobene Behauptung, daß

man die ganze Ueberwachung der Bergpolizeiordnungen nur in einseitiger Auswertung auf die Arbeiter pflegt. Uns ist kein Fall bekannt geworden bis heute, in dem die Staatsanwaltschaft eine Verletzung der Bergpolizeiordnungen durch Arbeiter, soweit letztere durch die Bergbehörden zur Anzeige gebracht wurden, wegen „Mangels eines öffentlichen Interesses“ außer Verfolg belassen oder geseht hat. Im Gegenteil. Fast ständig haben wir zu verzeichnen, daß Arbeiter sich wegen Verletzung der Bergpolizeiordnungen vor Gericht zu verantworten haben, weil die Staatsanwaltschaft gegen sie Klage erhoben hat. Und viele arme Kumpels wurden schon so zu schweren Geldstrafen bzw. zu Gefängnis verurteilt.

Diese Tatsache, im Vergleich zu der Aussage des Herrn Bergrats in vorgenannter Sitzung, ist der Beweis dafür, daß auch hier jener Geist die Rechtsentscheidung übt, den wir im allgemeinen mit

## Klassenjustiz

zu bezeichnen pflegen. Es ist geradezu eine Verhöhnung der Bergarbeiter, zu behaupten, daß die Verletzung der Bergpolizeiordnungen durch die Zechenverwaltungen, wodurch das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter stets aufs ernstlichste bedroht sind und schon oft zerstört wurden, keine strafbare Handlung sei aus Mangel an öffentlichem Interesse. Man sollte so etwas einfach für unmöglich halten. Und eine Staatsanwaltschaft, die sich wirklich in solcher Auffassung bewegt, gehört zum Teufel gejagt, oder besser, zur Zwangsarbeit in den gefährlichen Steinkohlenzechen verurteilt.

Wir protestieren aufs allerentschiedenste gegen eine derartige Handlungsweise der Staatsanwaltschaft und verlangen einen Parlamentsbeschuß dahingehend, daß der periodische Bericht der Bergbehörden genaue Aufstellungen zu bringen hat darüber, wie oft und aus welchem Grunde Anzeigen erstattet werden mußten wegen Verletzung der Bergpolizeiordnungen. Weitergehend muß diese Aufstellung spezifiziert sein dahingehend, wie oft sich die Anzeigen gegen Arbeiter und Verwaltung bzw. deren Beamte richteten mit der ergänzenden Mitteilung des jeweiligen Resultates.

# Die wahren Gründe.

## Nicht: Sie Lambach — Sie Hugenberg, sondern: Sie Arbeit — Sie Kapital!

Eine Aussprache auf breiter Grundlage hat sich an der Fall Lambach geknüpft. Bekanntlich ist der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Lambach, der nebenbei oder hauptsächlich Vorsitzender des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist, aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen worden. Der Ausschluß erfolgte, weil dieser Sünden rich gegen die Wiedererrichtung der Monarchie ausgesprochen haben soll. Doch der ursprüngliche Streitgegenstand ist längst in den Hintergrund getreten. Dafür tritt in immer klareren Umrissen das Problem Gewerkschaften und Parteipolitik in den Vordergrund. Es ist sehr lehrreich zu beobachten, wie die Klassengegensätze hier aufeinanderprallen und wie ein Riß mitten durch alle bürgerlichen Parteien hindurch geht. Ein mißratener Patriotismus kann vielleicht für eine Zeit als Klammer einer Partei dienen, doch je mehr die Republik in ein ruhiges und gesichertes Fahrwasser übergeht und der Kapitalismus sich stabilisiert, je mehr dringt das soziale Motiv in den Vordergrund.

Die Meinungen über das Thema „Gewerkschaften und Partei“ gingen hin und her. Auch wo dies nicht klar und deutlich bei den Auseinandersetzungen in Erscheinung trat, ist letzten Endes die große Kluft zwischen Kapital und Arbeit das Entscheidende gewesen.

Wenn dies nicht klar einleuchten sollte, dem ist das Studium der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ zu empfehlen. In der Nummer vom 3. August nimmt dieses gewerkschaftsfeindliche aller Organe zum Fall Lambach Stellung. Der Artikel beginnt mit folgendem Satz: „Die Gewerkschaften wirken nachgerade als Sprengpulver in jeder Partei.“ Die Sprengwirkung sieht die „D. Bergw.-Ztg.“ darin, daß die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Anhänger in jeder bürgerlichen Partei den Versuch machen, die gewerkschaftlichen Belange wahrzunehmen. Dann heißt es wörtlich: „Die Anhänger Lambachs und die Freie der verschiedenen Parteien hat den Streit um die Monarchie gewalttätig in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt, während in Wirklichkeit

zur Debatte steht, ob den Gewerkschaften innerhalb der Parteien ein noch größerer Einfluß im Sinne ihrer wirtschaftsschädlichen Bestrebungen eingeräumt werden kann und darf.“

Das ist des Pudels Kern! Die Gewerkschaftsrichtungen, die glauben ihre Interessen bei den bürgerlichen Parteien am besten wahrgenommen zu sehen, müssen über kurz oder lang mit der Parteibureaucratie in Widerpruch geraten. Die bürgerlichen Parteien sind in verschiedenen Farben schillernde Interessenvertretungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, eine Eigenschaft, die allen von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten eigen ist. Handelt es sich bei den Gewerkschaften um solche, die es einigermaßen ernst mit ihrer gewerkschaftlichen Pflicht meinen, dann können sie eine solche Interessenharmonie mit den Vertretern des kapitalistischen Unternehmertums nur für eine gewisse Zeitperiode mitmachen. Sie müssen also in diesen und jenen Fragen den Anschauungen der maßgebenden Parteikreise schroff gegenüberstehen. Gehen sie jeder ersten Gewerkschaftspolitik aus dem Wege, so laufen sie Gefahr, daß ihnen die Mitglieder in Scharen davonlaufen. Ganz richtig umschrieb die „Gewerkschaftszeitung“ beim Fall Lambach das Wesen der Gewerkschaften mit folgenden Sätzen:

„Echte Gewerkschaften sind gesellschaftliche Bildungen eigenen Wachstums; sie folgen ihren besonderen, geistigen und tatsächlichen Gesetzen, die ihre unmittelbare an die soziale Lage der Arbeitnehmer anknüpfende, nur mit sozialen Tatbeständen rechnende Zielsetzung ihnen zwingend vorgeschreibt. Sie können auf die Dauer gewerkschaftlicher Mittel nicht entzogen, und deren Aufwendung erzeugt und schult gewerkschaftliches Denken und solidarische Gesinnung in den Reihen der Mitglieder. Eine Denkart also, die je länger, je mehr in Widerspruch geraten muß zur Politik einer Partei der politischen Rechte, vom Schlage der Deutschnationalen.“

Wir weisen bereits darauf hin, daß dieser eigentümliche Widerspruch zwischen parteipolitischen Handlen und gewerkschaftlicher Taktik in allen bürgerlichen Parteien lebendig ist. In der Zentrumspartei zum Beispiel wogt seit Jahren ein ununterbrochener Kampf zwischen dem gewerkschaftlichen Flügel und der offiziellen Parteibureaucratie bzw. des dahinter stehenden mächtigen Unternehmertums. Wäre der Kitt, den die katholische Religion darstellt, nicht so außerordentlich fest, so würde die Zentrumspartei längst auseinandergebrochen sein. Zu der Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften, dem sogenannten Deutschen Gewerkschaftsbund, gehört auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und Organisationen ähnlicher Art. Eine Ausnahme machen die Strich-Dunderschen (Gewerkschaftsring), die hauptsächlich in der demokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen.

Der heftige Wellenschlag, den der Fall Lambach auslöste, kennzeichnet das Symptom der modernen Gesellschaftsschichtung. Die neuere kapitalistische Entwicklung zeigt mit außerordentlicher Klarheit, daß es auf die Dauer eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht geben kann. Der Kapitalismus von heute wächst sich immer mehr zum verbandsmäßig gebundenen Großkapitalismus aus. Die Mittelschichten werden in der Wirtschaft immer mehr zerrieben. Was richtunggebend und grundlegend bleibt, ist die mit allen Erfordernissen der Technik ausgerüstete Groß- und Mittelindustrie. Demgegenüber steht ein unabhängiges Heer von Lohn- und Gehaltsempfängern, die sich, wollen sie nicht ebenfalls zu Atomen zerrieben werden, organisatorisch zusammenschließen müssen. Die noch weit verbreitete bürgerliche Klassenideologie verhindert, daß dieser mächtige Hod von Arbeitern und Angelegten sich in den freien Gewerkschaften zusammenfindet. Wohl bilden letztere den Kristallisationspunkt von alledem, dennoch ist die Entwicklung noch nicht soweit gediehen, daß die freie Gewerkschaftsbewegung alle Hand- und Kopfarbeiter organisatorisch umfaßt.

Je selbstbewußter und selbständiger die Gewerkschaftsbewegung wird, je mehr gerät sie mit den alten Parteitraditionen in Widerspruch. Das Wachstum der industriellen Wirtschaft hat auch deren Träger stärkere politische Macht verliehen. Vor allem haben sie sich der Parteimachinerie bemächtigt. Noch gelingt es, den proletarischen Anhängerkreis durch nationalistische Phrasen zu betören. Das hält aber nur für eine gewisse Zeit vor. Ueber kurz oder lang bricht sich das Klassenbewußtsein selbst bei den bürgerlich orientierten Gewerkschaftlern mit elementarster Wucht Bahn. Dann helfen nicht Wortgepinne oder abgelebte Redensarten — auch kein Mundwischen, sondern es muß gepöfien werden. Ein Meinungsprozess geht durch die bürgerlichen Schichten der Arbeiterschaft.

## Zwei Tage eines Vertrauensmannes.

„Vertrauensmann werden ist nicht schwer, Vertrauensmann sein dagegen sehr!“ — Die Wahrheit dieser Worte ist unbestreitbar. Der Vertrauensmann im Betrieb ist nicht nur die Spitze, gegen die die Verdrehungen der Meinungen und Anschauungen anstürmen, sondern auch die lebendige Auskunftsquelle, von der man verlangt, daß sie alles wissen mußte. Beides sollten unsere Vertrauensleute deshalb besitzen. Ein starkes Fundament unter den Füßen und die Fähigkeit, allen an sie heranretenden Wünschen nach Möglichkeit gerecht zu werden. Das Fundament ist Ueberzeugungstreue und die Fähigkeit, Bescheid zu wissen in allen Lebenslagen. Wie notwendig das ist, hat die Praxis erwiesen. Der Vertrauensmann soll seine Mitkollegen an geistiger Regsamkeit und Solidaritätsgefühl überragen. Er soll sie verstehen und auf ihre Sorgen und Nöte eingehen können. Das kann er aber nur, wenn er die notwendigen Voraussetzungen dazu besitzt: Ueberzeugungstreue und Wissen. Ueberzeugungstreue ist schon vorhanden, aber Wissen ist teuer. Woher holt er sich das?

Nachfolgend zwei kurze Tage aus der Tätigkeit eines solchen Vertrauensmannes. „Was“ von ihm verlangt wird und „wie“ er diesen Anforderungen gerecht wird.

Montags im Betrieb. Mittagspause. Vertrauensmann Jakob hat seine Maschine abgestellt und geht zum Esstisch. „Einige Minuten Ausspannung“, denkt er, „dann wieder ran!“ Seine Kollegen Adolf, Josef und Ernst lassen sich neben ihm nieder. „Sag, Jakob“, hebt Josef an, „Du weißt, daß es mir hier nicht mehr gefällt. Ich will ins Ausland. Nach Amerika oder Australien. Englisch kann ich. Gib mir bitte einen Rat, an wen ich mich wenden soll.“ „Weißt schon, daß Du Auswanderungsgelüste hast. Geh nach Feierabend ins Verbandsbureau und lasse Dir einen schriftlichen Antrag beim Landesarbeitsamt stellen. Die werden Dir dann schon eine Auskunft geben. Gehe Dich vorher auf keine andere Vermittlung ein.“ „Mein Junge kommt Stern aus der Schule“, sagt Ernst. „Ich möchte ihn gerne bei einem Mechaniker in die Lehre haben.“ „Sag ihm vorher ärztlich untersuchen, ob er auch für diesen Beruf tauglich ist. Geh dann mit ihm zur Berufsberatungsstelle im Arbeitsamt. Bevor Du aber den Lehrvertrag unterzeichnest, lege ihn vorher auf dem Verbandsbureau vor.“ „Und ich möchte gerne wissen, wie das mit den Arbeitsämtern ist bei Streiks und Ausperrungen.“ Jakob langt eine Broschüre von seinem Regal und reicht sie dem Fragesteller Adolf. „Hier lies Dir in Wordels Schlüsselbuch von Friedrich Kieeis „Arbeitsvermittlung und Berufsberatung“ (Seite 27) durch, dann wirst Du Bescheid wissen. Ich bekomme sonst meine Stellen nicht rüber.“

Adolf liest interessiert. In der Türe erscheint das suchende Gesicht des Kollegen Erik.

„Ah, Jakob, Dich suchte ich sehnsüchtig. Ich habe eine kleine Frage. Sei nicht böse und höre zu. Wir zahlen doch immer die Arbeitslosenversicherung, nicht wahr? Mein Schwager ist arbeitslos geworden. Wie lange dauert nun die Anwartschaft auf Unterstützung? Wie lange währt die Unterstützung? Wie ist das mit der Krankenfürsorge? Wie ist das mit der Invalidenversicherung Arbeitsloser? Gibt es auch Kurzarbeiterunterstützung? Wer bringt die Mittel für diese Unterstützung auf?“ „Junge, halt ein! Dir schlägt sonst die Zunge doppelt. Ich habe auch jetzt Mittagspause. Warum gehst nicht zum Verbandsbureau?“ „Ach was, immer zum Bureau! Warum bist Du denn unser Vertrauensmann?“ „Nun, Junge, nicht murren! Nimm Dir mal da oben Broschüre 8 vom Regal: „Ratgeber für die Arbeitslosenversicherung“ und lies Dir die rot angezeichneten Stellen durch, dann weißt Du, was Du wissen willst. Aber mich laß jetzt in Ruhe!“ „Danke Dir, alter Brummbar!“ „I weh, Jakob hat schlechte Laune“, sagt Ernst. „und ich möchte noch unbedingt etwas wissen.“ „Was gibts denn?“ „Mein Bruder hat eine Werkwohnung und ist über die Miete in Streitigkeiten geraten. Er will am Arbeitsgericht klagen, weiß aber nicht, ob das Verfahren auch den Bedürfnissen der Arbeitnehmer angepaßt ist. Wie ist eigentlich der Gang des Verfahrens? Können Lehrlingsstreitigkeiten auch dort geschlichtet werden?“ „Sei ruhig, Junge! Für Dich habe ich auch noch Rat. Viel mehr einen Ratgeber. Nimm Dir oben das Heft 9 „Arbeitsgericht“ aus dem Schrank. Schlage Seite 11, 23 und 25 auf, und Dein Wissensdurst ist gestillt.“

„Tut mir leid — Die Fabrikfremde. Vertrauensmann Jakob rafft seine Hefte zusammen. Das Stullenpapier in den Korb. „Danke auch, Jakob, für Deine Freundschaft!“ „Ist nichts, Jungens. Dafür bin ich ja euer Vertrauensmann!“ „Siiiiiiiiiiiiiiii! Maidimenschwirren. Räderlaufen. Ein Tag wie der andere. Eine Pause wie die andere. Fragen auf Fragen. Der Vertrauensmann antwortet bereitwillig. „Dafür ist er ja auch „ihr“ Vertrauensmann!“

Freitag. Lohnstag. Feierabend. Für den Vertrauensmann beginnt nun die Haupttätigkeit. Daustaffierung. Weil viele Proleten und Proletarierfrauen nun „zu Hause“ sind. Treppan, treppab. Ueber zahllose Hinterhöfe. In Kellerwohnungen und Manjandensstuben. Urmüde Proletenpferne. Ein Tröpflein zum anderen. Ein Bach. Ein Fluß. Ein Meer. Und furchtbar kann dessen Kraft werden. Der Vertrauensmann weiß es. Und viele Proleten auch. Darum gibt man es gerne. „Sag, Franz! Bring Dir das Märchen. Daß schlechte Laune? Mensch, laß doch! Es kommt doch kein Regen!“ „Daß gut reden, Jakob! In vier Wochen bin ich wieder Vater!“ „Und Du freust Dich nicht?“ „Worüber freuen? Hab kein Geld! Sechs gesunde Kinder. Zur Tat!

Kurzarbeit. Weiß nicht, woher die Kosten aufbringen, wie das siebente satt kriegen!“

„Wie Du das siebente satt kriegst, kannst später überlegen. Lasse es erst mal da sein. Arbeitete Deine Frau noch?“ „Nein, hat vor acht Tagen aufgehört.“ „Belommt sie denn die Wochenhilfe?“ „Kann sie die denn kriegen? Sie lebt doch nicht mehr!“ „Selbstverständlich, Menschenskind! Auf Grund des § 195a Abs. 7 der R.V.C. Erledige das nur gleich, Franz!“ „Das ist ja... aber das wußte ich ja gar nicht. Das Dank, Jakob!“ „Laß nur, Franz! Du weißt ja, wir müssen uns immer gegenseitig helfen.“

Und der Vertrauensmann steigt weiter Stiege für Stiege. Auf und ab. Bis spät am Abend er ernt mit seiner Familie vereint ist. Verbandszeitung und ein gutes Buch sind dann seine liebste Unterhaltung. Werte von Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle und August Bebel nennt er sein eigen. Großen um Großen zusammengespart. Teures kann er sich nicht leisten. „Peter“, sagte er zu mir, „was nutzen uns die teuren Bücher? Ob sie in Leder gebunden sind oder nur gehftet: es steht doch überall daselbe drin. Und das genügt mir.“ „Reichte mir einen Stoß Broschüren.“ „Sieh, Peter, hier kostet jedes 60 Pf. Unter zehn Kollegen haben wir sie uns bestellt. Macht, für jeden ein Stück, 50 Pf. Und glaube mir, sie tun uns die gleichen Dienste, wie solche von drei und noch mehr Mark. Wo wir in der Praxis drinstecken und man von uns verlangt, daß wir über alles unterrichtet sein sollen, sind die Finger ausgezeichnet. Ein Blick hinein — und wir wissen Bescheid!“

„Ach jaoo... nun weiß ich auch, woher Du die Fähigkeit hast, in jeder Lage die richtige Antwort zu geben“, sagte ich. „Wo hast Du die her?“ „Schreibe an den Verlag Friedrich A. Wordel in Leipzig C. 1, Plumengasse 18, und verlange ein kostenloses Verlagsverzeichnis über die Wordelschen Schlüsselbücher. Sie sind billig und gut. Willst Du was wissen über die Arbeitsvermittlung, die Berufsberatung, das Arbeitsgericht, das für uns besonders wichtig ist; über die Arbeitslosenversicherung, den gesetzlichen Mutterchutz, die Mutterschaftsfürsorge und noch vieles mehr, so findest Du das alles darin. Besonders fein ist die Angabe der betreffenden Gesetzesparagrafen. Da es mir schon oft passiert ist, daß man mich fragte: „Wo steht denn das alles, was Sie da sagen?“, tam mir das sehr gelegen. Mein Lieber, das finden Sie dort und dort in dem und dem Gesetze klipp und klar ausgedrückt!“

Vertrauensmann werden ist nicht schwer, Vertrauensmann sein dagegen sehr! Sie müssen dabei in allen Verhältnissen genauver sein und sich für wenig Geld gute Kenntnisse zu verschaffen wissen. Möge dieser Aufsatz darum seinen Zweck erfüllen. Der Arbeiterbewegung — dazu gehört auch Du vielleicht, liebe Leser — und Beier wird es von größtem Nutzen sein. Auf zur Tat! Peter Loosen.

# Haus und Leben

## Die Vorahnung der Bergleute.

Wo gehen denn die schönen Mädchen hin,  
die hier durch unsere Grube schreiten?  
Das will uns nimmer aus dem Sinn:  
der Mädchen stilles heilig Schreiten.

Sie waren weiß in Fleisch und Kleid,  
Wie Lilien auf den schwarzen Kohlen.  
Wie Sonnenschein um unser Leid —  
So schritten sie mit Silbersohlen.

Der Berg bricht auf — der Stollen kracht —  
drei Blitze — und der Donner grollt.  
Dann tiefe, tiefe, tiefste Nacht —  
Das Schicksal hat es so gewollt?

Die vielen Gräber: lange Reihe —  
der Dahlien buntes schönes Glühn.  
Elf sanfte weiße Totenmädchen  
schweigend um die Gräber ziehn.

Max Dortu.

## Roches la Molière.

Frankreich: Frankreich der Arbeit — ich suche dich! Ich lege  
mein Ohr an deinen schönen Körper — ich höre dein Blut pul-  
sieren, ich fühle die Stränge deiner Nerven und Flüsse — und  
dieses hier ist deine Hauptschlagader: La Loire: Frankreichs bedeu-  
tendster Fluß, der das Land von Ost und West mitten durchblutet.

La Loire, dein Stromgebiet: das wirkliche Frankreich! Die  
Arbeit in ihren hundert Formen. Kohle, Eisen, Ackerland und  
Viehzucht. Paris möge das Haupt Frankreichs bleiben — aber  
ohne das Stromgebiet der Loire wäre Paris ein Kopf, der ver-  
troden müßte.

O schöner Fluß Loire! O freier Fluß Loire! Tausend Kilo-  
meter lang. Herab vom Gebirge der Cevennen — mitten durch  
Frankreich hin ins Meeresbecken des Wassers Atlantik. Die Ce-  
vennen mit ihrem Vulkan Mont Mézenc, den freie Adler um-  
stürmen. Die Cevennen: hier lebten die Abigener und die  
Waldenser — die frühen Vorkämpfer um geistige Freiheit. Hier  
stritten um ihre religiöse Gewissenswertung die „Freiglaubigen  
gegen den „Sonnenkönig“ Louis XIV. (Dragonaden, um 1680  
herum.) Und wiederum kämpften die freien Cevennenbauern als  
Kamillarden, als Rothemden: von 1702 bis 1705, unter ihrem  
Führer Cavalier, ein kleiner Hutten. Die Freiheit der Berg-  
gipfel zuegte freie Menschen. Und von den Cevennen her trägt  
der schöne Fluß Loire einen guten Freiheitsgeist mitten durch  
Frankreich hin. Die Loire verbindet den Freiheitsgeist der Berge  
mit dem Freiheitsgeist der See. Denn kühn ist auch der Geist der  
Fischer und Schiffer in Saint-Nazaire, der Hafenstadt an der  
Mündung der Loire in den Atlantik. Die Fischer von Saint-  
Nazaire befahren die Neufundlandbänke vor Amerika und Island.

Wir fahren stromauf. Die Loire in ihren Städten zu sehen.  
Auch in ihrer Landschaft. Stadt Nantes. Bis hierher fahren  
kleinere Seeschiffe. Nantes — hast du davon nicht schon mal  
gehört? Sardines de Nantes? Jawohl: viele Konservenfabriken.  
Eine Stadt mit fast 200 000 Einwohnern. Metallfabriken. Und  
Zentrale der neueren Medizin, hier in Nantes ist ein bedeutendes  
Pasteur-Institut. Pasteur!, ein ganz großer Mensch, der das Hei-  
serum gegen Tollwut und Epidemien erfand. Pasteur: ein Name  
wie Napoleon, Goethe, Beethoven, Newton, Columbus, Einstein.

Wir fahren stromauf. Die Loire in ihren Städten zu sehen.  
Auch in ihrer Landschaft. Stadt Nantes. Bis hierher fahren  
kleinere Seeschiffe. Nantes — hast du davon nicht schon mal  
gehört? Sardines de Nantes? Jawohl: viele Konservenfabriken.  
Eine Stadt mit fast 200 000 Einwohnern. Metallfabriken. Und  
Zentrale der neueren Medizin, hier in Nantes ist ein bedeutendes  
Pasteur-Institut. Pasteur!, ein ganz großer Mensch, der das Hei-  
serum gegen Tollwut und Epidemien erfand. Pasteur: ein Name  
wie Napoleon, Goethe, Beethoven, Newton, Columbus, Einstein.

## Zwei Bücherchränke erzählen...

Der Zufall brachte mich neulich in das Haus des in der In-  
flationzeit reich gewordenen Herrn S. Wie ein rechter Parvenü  
hatte Herr S. sein Haus in allen Räumen ausgestattet. Wohllos  
und ohne Geschmack, aber teuer, denn er hat es dazu. So wie alle  
Räume, sah auch sein „Arbeitszimmer“ aus. Ein Bücherschrank  
nahm eine ganze Wand ein und strotzte von Büchern. Oben auf  
stand eine Vitrinplatte auf einem Tablett mit den dazu gehörenden  
Gläsern. Geistiger Stoff bei geistiger Kost.

Ich öffnete die Tür des Schrankes. Mir war es, als wäre  
das Knarren der Tür ein Seufzen gewesen. Ich irrte mich nicht,  
denn heute fing der behäbige dunkle Herr zu reden an:

„Sie ich das Eigentum des Herrn S. war, gehörte ich einem  
stillen Privatgelehrten, der mich und meinen Inhalt liebte und  
uns auch fleißig zu seiner Arbeit brauchte. Aber die Arbeit meines  
Herrn mußte wohl keine gute Ware sein, er hungerte und mußte  
seinen wenigen Hausrat verkaufen, um nicht Hungers zu sterben.  
Eines Tages schlug auch für mich die Trennungsschere und ich  
wurde neben einigen anderen Sachen auf einen Wagen geladen  
und zur Auktionshalle gefahren.“

Hier entdeckte mich der Herr S., mein jetziger Besitzer. Er  
hatte gerade dieses Haus gekauft und wollte die Räume standes-  
gemäß ausfüllen. Mit seinen dicken, fleischigen Fingern, an denen  
eine Reihe Brillantringe funkelten, betastete und beschlachte er mich  
von allen Seiten, kniff abwechselnd das linke und rechte Auge zu,  
schmakte mit seiner Zunge, nahm eines, dann ein anderes meiner  
Bücher heraus, strich über die Leder- und Halblederbände, blätterte  
darin herum und fragte den Verkäufer mit ögler Stimme: „Was  
kost der Dreck?“

Er zahlte, ohne zu handeln, und ließ mich dann hierher  
bringen. Wenn er jetzt seine Freunde und Bekannten zu irgend-  
einer Feier bei sich hat, führt er sie jedesmal an mich heran, lobt  
mich und tut so, als könnte er mich und meinen Inhalt.

Gelesen hatte er aber von meinen Büchern noch nichts. Und  
das ist es, was mich so traurig macht. Ich sehe hier und bin  
zu nichts nütze. Während ich früher meinem lieben, stillen Herrn  
mit meinem Inhalt unentgeltlich war und mich freute, ihm seine  
Arbeit mit zu ermöglichen, muß ich hier Repräsentationszwecken  
dienen. Aber so geht's im Leben: der, der mich braucht und mich  
lieb hätte, der hat nicht das Geld für mich; und wer das Geld hat,  
der braucht mich nicht und kann mich nicht gebrauchen.“

Mit einem Seufzer schloß der Bücherschrank seine Geschichte.  
Mir tat der alte Bürsche leid. Eigentlich hat er ja recht, nicht  
wahr? Ich wüßte auch schon, wo der Schrank mit seinem Inhalt  
besser hinpäße, z. B. in mein —

Aber laßt mich lieber die Geschichte des anderen Schrankes  
erzählen:

Ich habe nämlich noch einmal mit einem Bücherschrank ge-  
sprochen. Ein Bücherschrank war es ja eigentlich nicht, er war

Die Loire aufwärts. Links und rechts: Wiesen, Wiesen, Wiesen.  
Bunte Kinder auf saftigem Grün. Das Windgeräusch der breiten  
Bappelbäume. Und die niedrigen Dörfer in stiller Feierlichkeit.

Stadt Tours an der Loire. Buchdruckereien. Chemische Fabriken  
rauchen schwefelgelb. Teppichwirkerlei und Seidenweberei. Schöne  
Spinnerinnen: schenkt uns ein Glas von eurem schweren Touraine-  
wein ein — aber ihr lacht, ihr habt keine Gläser: her dann den  
Reich eines vortrauen Mundes, kein schönerer Wein, als der  
Duft von reinen Mädchenlippen. Spinnerinnen von Tours —  
auch küßte die Freiheit.

Stromauf. Orléans. Mit seinem alten behäbigen Dom Sainte-  
Croix. Hundert Textilfabriken. Wieder Spinnerinnen und Webe-  
vinnen. Wo aber ist Johanna? Da steht sie ja, auf der Place du  
Martroi — erzern als Denkmal, Johanna: das Freiheitsmädchen,  
die den Kettenpanzer und das Schwert nahm — um die Freiheit  
ihrer Heimat von dem Uebermut englischer Ritter und Räuber  
zu säubern. Johanna von Orléans — wir legen eine rote Rose  
zu deinen erzenen Füßen. Hat sie nicht gelächelt? Die Schwalbe  
sagt: Oui, oui, krikri, oui, oui.

Immer stromauf die Loire! Weizenfelder — schon abgeerntet.  
Die Dreschmaschine singt ihr brummelndes Lied, das Lied vom  
guten Satteln. Schnitter und Schnitterinnen tanzen abends in  
den weißen Dörfern um den bunten Erntefranz, der hängt am  
Freiheitsbaum.

Weiter. Gegen den Strom — und dennoch: mit dem Strom,  
denn unsere Liebe zu dem arbeitenden Frankreich kennt kein Auf  
und kein Ab: der Strom der Liebe zu den Menschen, der ist der  
Strom der Ströme: der überfließt alle Länder, Städte, Dörfer  
und Gebirge — Meere und Ozeane. Die Liebe zum arbeitenden  
Menschen ist es: die uns klar sehen läßt, die uns erfreut, beglückt.

Die Loire wird schmal. Sie brandet in scharfem Kurs gegen  
das Bergland des Nivernais. Alte Burgen, Wingerter und Winger-  
haus — sind wir am Rhein? Und die Obstbäume: Pfirsich, Apfel,  
Birne — welch ein Duft!

Jetzt die Stadt Nevers. Klein. Ganz Provinz. Kofotobauten.  
Alles zierlich. Und die Kunst der Bevölkerung: Porzellan!  
Fayence! Fabriken von Weltruf. Nevers! Nevers!

Stromauf mit dem Wollwapp des suchenden Herzens — nun:  
Stadt Roanne. Papierfabriken. Gerbereien. Und springende Ge-  
wässer, Heilquellen, Mineralquellen.

Doch weiter. Der lustige Schilfvogel, die flinke kleine Mohr-  
dommel ruft und ruft: En avant! En avant!

Die Loire bricht schäumend durchs Gebirge. Dann weite  
Becken. Schlote rauchen. Türme zeigen ihr feines Zillgrün — in  
den Köpfen der Türme surren und schurren flinke Räder, Förder-  
seile da herum: wir sind im Kohlenbecken der oberen Loire.

Kohle: der Schlüssel aller Industrie. Der Bergmann — aller  
Arbeiter erster Vorarbeiter. Neben dem Eisenmann. Kohle. Erz.  
Eisen. Stahl. Maschine. Feinfabrik. Verkehr. Güter des Bedarfs.  
Luxus. Leider auch — Waffen.

### Kameraden!

Mit dieser  
Nummer  
ist der Beitrag  
für die

**34.**  
**Woche**  
19.-25. August

fällig.  
Wir bitten  
die Kameraden,  
um pünktliche  
Zahlung  
der Beiträge  
besorgt zu sein.

Drüben raucht sie, abseits der Loire, die Kohlen- und Eisen-  
stadt: Saint-Etienne. Hochöfen flammen wild durch die Nacht.  
Du hörst schwere Riesenhammer zischen und prusten — hydrau-  
lische Pressen verarbeiten Panzerplatten für die Kriegsmarinen.  
Kanonen. Gewehre. Dieb- und Stuchwaffen. Alles liefert Saint-  
Etienne. Ueber die ganze Welt hin. Waffen nach China, Mexiko,  
Tschedien, Marokko, Polen und dem Balkan. Saint-Etienne!  
„Es war ein Schmied mit starken Armen...“ Das Lied vom  
roten Forgeron — von Beranger, der Volksschmied: der Waffen  
für die Armeen der Freiheit schmiedete, mit hellem Gesang.  
Aber der Teufel Mammon riß ihm die Zunge aus — der Forgeron  
von Saint-Etienne darf nicht schmieden, wie er möchte: er schmie-  
det Waffen gegen sich selbst, gegen die Arbeiterklasse der Welt.

Was ist da zu machen? Das, was die Arbeiter von Saint-  
Etienne tun: sich organisieren, im freien Verband und in freiheit-  
voller Partei. Einmal soll die Arbeit selbständig sein — voll  
schöpferisch und nicht ausbeuterisch oder gar zerstörerisch: Waffen!

Doch Saint-Etienne ist nicht nur Waffe. Es fabriziert auch  
gute Autos, Messer, Scheren, Werkzeug — ein kleines Solingen.

Frankreich. Seine Hauptschlagader: das Stromgebiet des  
Flusses Loire. Kohle, Eisen, Maschinen, Viehzucht, Weizen,  
Wein, Obst.

Wir suchten das Frankreich der Arbeit — wir sahen in das  
wirkliche Herz Frankreichs hinein — Paris ist nur der Kopf, ohne  
den großen Arbeitsleib der Loire könnte Paris nicht leben.

La Loire! Frankreichs Mitte.

Nacht. Ueber Saint-Etienne.

Blitz! — was schreibt sich da golden an den hohen Himmel?  
Eine unsichtbare Hand schreibt in Sternenschrift dieses:

Roches la Molière!

Der Ruhm der Arbeit!

Die Heiden der Arbeit!

Wir sind am Friedhof. Im Loirebecken. Bei den schwarzen  
Felsen, die steil vom Cevennen-Gebirge abbrechen. Nacht. Doch  
die Zeichenräder wirbeln und wirbeln. Und elektrische Monde  
schaukeln im scharfen Bergwind. Und hier der Friedhof. Der  
Friedhof von der Bergmannsiedlung Roches la Molière!

Fünfundfünfzig Gräber. Noch frisch. Mit roten Rosen ge-  
schmückt (in Töpfen). Mit bunten Dahlien (Sträuße in irde-  
nen Vasen).

Fünfundfünfzig Bergmannsgräber. Wir lesen Namen: Frau-  
zosen — Polen — Ungarn — Marokkaner — Italiener — und ein  
Deutscher (vielleicht Oesterreicher?).

Fünfundfünfzig Heiden der Arbeit schlafen hier ihren letzten  
Schlaf. Ihre Waffe war Häufel und Saue. Das Dynamit, das  
sie nutzten, war keine Zerstörung, sondern Aufbau.

Tote Kameraden, ihr internationalen Kampels von Roches  
la Molière, wir verneigen uns vor euch! In uns sollt ihr weiter-  
leben. Der Liebe und der Schönheit willen.

Ihr Opfer der Arbeit seid die größeren Heiden! Denn all  
euer Leben war Dienst an der Allgemeinheit.

Morgens. In aller Frühe. Das arbeitende Saint-Etienne  
zieht auf Schicht. Wie staunt es aber: da neben dem gestrigen  
Kriegsdenkmal steht heute noch ein anderes Denkmal, ein Denkmal  
des Friedens, ein Denkmal der Arbeit: zu Ehren der fünfund-  
fünfzig toten Kampels von Roches la Molière. Und unter dem  
Denkmal des Friedens steht in goldenen Lettern dieses:

AUX TRAVAILLEURS!

Rodin.

dm.

so mehr Regal, oder besser gesagt: ein selbstangefertigtes Gestelle.  
Mit dem habe ich mich auch unterhalten. Dieser wacklige Knabe  
erzählte aber voll eitel Lust und Freude. Und zwar deswegen,  
weil — aber laßt ihn selber erzählen:

„Ich war nicht immer ein Bücherregal wie jetzt, mußst du  
wissen. In meinen Brettern habe ich — schon Margarine und  
Seifenpulver beherbergt und habe schon auf vielen Reisen mit  
der Eisenbahn, in Lastautos und Lastwagen allerlei von der Welt  
gesehen. Mein Freund Heinrich — kennst du ihn? — ihm gehöre  
ich jetzt — hat mich in einem Spezialeisen mal für ein paar  
Groschen käuflich erworben. Er ist Bergarbeiter, er sieht immer  
so blaß aus und ist ein rechter Bücherwurm. Wenn seine Arbeits-  
kollegen abends am Bierisch sitzen, sitzt er bei mir und liest eines  
der Bücher, die jetzt so fein in Reich und Glied stehen. Manchmal  
tut er mir sehr leid, denn — so erzählt er mir, das tut er nämlich  
immer — er möchte sich oft gern ein Buch kaufen, aber das Geld  
fehlt ihm dazu. Aber jeden Groschen, den er sich abspart von  
seinem Taschengeld, trägt er zum Buchhändler, zum Antiquar.  
Ja, auch die Buchautomaten auf den Bahnhöfen sind manchmal  
seine Lieferanten. Ich weiß, er würde gern mal auch Leder- und  
Halblederbände sein eigen nennen, aber er tröstet sich immer. Er  
meint, auf das Kleid käme es nicht an, der Inhalt sei das Wichtige  
bei einem Buche. Du mußt mal sehen, wie er die Bücher und  
Befte — sie sind schon ganz abgegriffen — liebt und freischelt.  
Seine Mutter schimpft oft mit ihm. Sie meint, er frige bald  
keine Frau mit, seine Kollegen und Bekannten hätten viel mehr  
vom Leben und machten sich immer vernünftige Stunden. Dann  
sieht er mich immer stillvergnügt an und das heißt dann: Das  
kennst wir beide besser, nicht wahr, alter Freund?“

Ich bin recht stolz auf meinen Freund Heinrich. Durch ihn  
bin ich richtig zu Ehren gekommen. Bücherregal zu sein ist hoch  
vornehmer als Margarine- oder Seifenpulverfäße, nicht wahr?  
Heinrich will nicht, wie seine Kameraden, geistig verkommen,  
sondern mit Hilfe der vielen Bücher sein Wissen bereichern. Er  
meint, er könne, je mehr er weiß, um so mehr sich und allen  
seinen Arbeitsbrüdern viel besser helfen, damit sie sich aus ihrer  
unwürdigen Lage befreien. Und dabei bin ich ihm doch so sehr  
behilflich! Das ist mein Stolz.

D. Heinrich schämt mich sehr, das hat er schon bewiesen. Hat  
er mich nicht einen feinen Habitus geschaffen? Von der schönen  
Wohnzimmerwand blieb ein Rest. Kleidet er mich nicht? Seine  
Mutter hat mir eine feine Gardine genäht: ich fühle mich so  
richtig behäbig. Auch seinen Büchern, die vor Alter schon bald  
aus dem Leim gingen, ist er ein besorgter Freund. Du sollst mal  
sehen, welch eine Umwälzung er ihnen aus hübschen Stoffresten auf-  
leimt! Sieh sie dir mal an! Ueberhaupt: ich und der Heinrich...“

Mir tat der Lobgesang recht gut. Heinrich hat mir oft leid  
getan. Ich kannte nämlich seine Sehnsucht nach guten und wert-  
vollen Büchern und nach einem feinen Bücherregal schon lange.  
Ich hätte ihm ja gerne geholfen, aber mir geht es auch nicht viel

besser. Ich freue mich nur, wie fein Heinrich sich über diese Not  
geholfen hat. Er und sein Bücherregal können auf sich doch  
stolzer sein, als der Herr S. auf seinen Schrank, nicht wahr?  
Sie dienen der Menschheit doch mehr und der Bücherregal erfüllt  
doch auch seinen Zweck. Oder ginge es nicht, daß man einfach  
den Schrank des Herrn S. mit Heinrichs Schrank vertauschte? Es  
wäre ja richtiger, logischer, aber — — —  
Max Heiland.

## Kampf und Würde.

Wenn der Künstler den Schmerz gestaltet, dann zeigt er selbst  
im schier unerträglichen Leide doch noch menschliche Größe und  
Beherrschung.

Ueber dieses Thema sprach einst Goethe mit einem Gaste in  
seinem Heim. Und Goethe zitierte seinem Gaste eine Stelle aus  
einem Werke über Kunst, in der die griechische Darstellung der  
Kriobe behandelt wurde. „Ich finde keine Spur vom wütenden  
Schreden des Todes, vielmehr in den Statuen die höchste Sub-  
ordination der tragischen Situation unter die höchsten Ideen von  
Würde, Sobrietät, Schönheit, gemäßigtem Betragen“, so las er vor.

Wo der Mensch über die Grenzen seiner eigenen Würde  
schreitet, vergift er sich, ist er nicht groß mehr. Selbst der Künstler  
hat in seinem Schaffen dieses Große zu respektieren, das da  
Mensch heißt.

Welch eine tiefe Ehrfurcht vor menschlichem Wesen steckt doch  
in dieser Pflicht großer Kunst! Ulgewaltig, allgestaltig kann sie  
sein. Nur an der Würde hat sie ihre Grenzen. Und was sie auch  
schaffen mag, stets muß sie fragen: Dienst du der Würde auch?

Dem Menschen sind Grenzen in seinem Treiben gesetzt. Das,  
was für den Künstler gilt, gilt für den Menschen. Für jeden.  
Würde hat er zu wahren.

Ein alter, uns lange vertrauter Begriff, nur in anderem  
Klange. Wenn wir mit Kämpfertum Disziplin verbinden, so ist  
das im Grunde der gleiche Kern. Dieser gleiche sittliche Gedanke.

Wer da vollert und stolpert, der stürzt in seinem Kampfe über  
die Grenze, die da Würde heißt. Und wer da von heute auf  
morgen wandeln will, der ist kein Künstler am Werke.

Kämpfer sein ist etwas Starkes, etwas Gewaltiges. Es brodet  
in ihm und gärt. Doch in Grenzen. In Grenzen, die die Würde  
setzt. Sonst ist das Brodeln in ihm nur Chaos. Aber die Blut  
einer Persönlichkeit soll es sein.

Die Disziplinierung des Kämpfers ist ein Stück des Reifens  
in die beehrte Größe menschlicher Bestimmung. Lehren kann man  
nie nicht, doch wer sie erlebt, die Grenze, der er lebt als diszi-  
pliniertes Mensch die ganze Fülle an Kraft, die in dieser  
Grenze liegt, und er schleudert sie dann als Liebe hinaus in  
das Grenzenloze.  
Dr. Gustav Hoffmann.

# Großbanken in der Montanindustrie.

## Der Einfluß hinter den Kulissen. — Der Aufsichtsrat als Ironvogel.

Was heißt „Herrschaft des Finanzkapitals“? Was verstehen wir unter der „Macht der Banken über die Industrie“?

So bekannt und geläufig wohl allen Arbeitern diese Grundfeststellungen auch sein mögen — ein tatsächlicher Begriff über den Herrschaftsbereich des Bankkapitals ist doch nicht immer vorhanden. Wenn im Betrieb zum Schaden der Belegschaft irgendwelche Maßnahmen ergriffen werden, eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, Einführung von Kurzarbeit, die Stilllegung einer Abteilung oder auch einer ganzen Fabrik, wenn eine Verschmelzung zweier Gesellschaften durchgeführt wird, die zwar niemals Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder, sehr oft aber Arbeiter und Angestellte überflüssig macht, so sieht in allen diesen Fällen der davon Betroffene, der Arbeiter wie der Angestellte, als eigentliche Verantwortliche nur die Chefs der Firma, ihre Direktoren, Ingenieure usw. Daß in zahlreichen Fällen dabei die Großbanken ihre Hand im Spiele haben, bleibt ihnen meist unbekannt.

An einigen Beispielen soll gezeigt werden, welche wichtigen Folgen das Eingreifen der Großbanken nach sich ziehen kann. Vor rund anderthalb Jahren geschah die Verschmelzung der Sapag, des größten deutschen Kesselernteunternehmens, mit der Kosmos-Union-Kesselernte. Beide Gesellschaften standen unmittelbar vor der Ausstragung einiger Streitigkeiten durch einen Prozeß, den

für Rohstoffkäufe, bald für Neuanlagen oder Modernisierung, bald für Patentkauf, bald für die Einrichtung eines Teilzahlungs-systems usw. Diesen Geldbedarf decken die Banken, sie geben kurzfristigen Kredit, sie geben oder vermitteln langfristige Anleihen, sie führen eine Erhöhung des Aktienkapitals durch. Im allgemeinen ist natürlich der Geldbedarf der Industriefirmen um so größer, je schlechter es um ihre Rentabilität bestellt ist und je mehr die Zahlungseingänge ins Stocken geraten. Die Bank verlangt infolgedessen für ihre „Dilse“ bestimmte Garantien, so z. B. einen oder mehrere Sitze im Aufsichtsrat, oder sie stellt bestimmte Bedingungen, deren Erfüllung ihrer Meinung nach die Rentabilität der Firma erhöhen. So nehmen oft genug Stilllegungen oder Lohnkürzungen von dieser Seite her ihren Ausgang.

Nur bei einigen ganz großen Unternehmungen, wo ja auch meist eine einzige Großbank zur Deckung des Kreditbedarfs nicht ausreichen würde, ist es insofern etwas anderes, als solche Gesellschaften zu mehreren Großbanken in engen Geschäftsbeziehungen stehen; und wenn wir an die I. G. Farbenindustrie A. G. denken, so ist die Kapitalkraft dieses Trusts so groß, daß hier eine Kontrolle durch diese oder jene Großbank nicht in Frage kommt. Die hier veröffentlichte Karte zeigt, welche Bankverbindungen für die größeren deutschen Unternehmungen der Schwerindustrie etwa festzustellen sind. Eine solche Feststellung ist nicht ganz leicht,

Sechs Berliner Großbanken	Steinohle		Montanindustrie										Braunohle			Kali		
	Concordia Bergbau (früher Hombach)	Harpenener Bergbau (Helmstedt)	Wittelsbacher Bergwerke (St. W.)	Vereinigte Stahlwerke A. G.	Stahlwerke Oberpfalz (St. W.)	Werte Kohlenbergbau (St. W.)	Stamm-Konzern	Spezial-Konzern	St. W.	St. W.	St. W.	St. W.	St. W.	St. W.				
Deutsche Bank	□	□	□	+	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□
Dresdner Bank	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□
Disconto-Ges.	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□
Darmstädter u. Nationalbank	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□
Verl. Hand.-Ges.	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□
Comm. u. Privatbank	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□

□ Bestehende Bankverbindung; ■ besonders enge Verbindung; + nur lose Beziehung; \* Verbindung nicht erkennbar.

man allgemein in Deutschland mit Spannung erwartete. Da kaufte ohne Wissen der Sapag-Verwaltung die Darmstädter und Nationalbank die Aktienmehrheit der Kosmos-Gesellschaft auf und bot sie der Sapag an. Die Sapag-Verwaltung wollte nicht, daß dieses Aktienpaket vielleicht an den Norddeutschen Lloyd, ihren schärfsten Konkurrenten, weiterveräußert und nahm das Angebot an. Sie willigte damit in die Verschmelzung mit der Kosmos-Gesellschaft ein, an die sie selbst vorher nicht im geringsten gedacht hatte. Eine Folge davon war, daß die Sapag, die vorher nur zur Disconto-Gesellschaft in engen Geschäftsbeziehungen gestanden hatte, nunmehr auch zur Darmstädter und Nationalbank in engeren Kontakt kam und einem Vertreter dieser Großbank in ihrem Aufsichtsrat Platz machte. Die gleiche Großbank hatte sich im übrigen für das Zustandekommen des Stahltrusts, der Vereinigte Stahlwerke A. G., interessiert.

Tatsächlich geschieht kaum ein wichtiger Vorgang auf industriellem Gebiet, ohne daß die Großbanken nicht ihre Hände im Spiel haben, sehr oft steht jedoch die Bankwelt beim Zustandekommen von Interessengemeinschaften von Syndikaten, Kartellen usw. an führender Stelle. Freilich verläutet im allgemeinen über einen derartigen Einfluß nicht viel, ja, manchmal kommt es selbst den Verwaltungen industrieller Unternehmungen nicht einmal vollständig zum Bewußtsein, wie stark sie sich in Abhängigkeit von dieser oder jener Großbank befinden.

Wenn wir hier übrigens immer nur von „Großbanken“ sprechen, so deswegen, weil allein die sechs Berliner Großbanken über etwa 70 Proz. der gesamten Mittel (Aktienkapital, Reserven, Einlagen usw.) aller deutschen Kreditbanken verfügen. Diese sechs Banken finanzieren fast die gesamte deutsche Großindustrie sowie einen großen Teil der mittleren und Kleinindustrie. Dabei arbeiten sie des öfteren zusammen, oft jedoch stehen sie miteinander im Kampf um die Kontrolle irgendeines Unternehmens.

Was heißt nun, daß die Banken die Industrie „finanzieren“? Wir erinnern daran, daß fast alle industriellen Gesellschaften, große wie kleine, zeitweilig einen starken Geldbedarf haben, bald

weil ja keine Firma verpflichtet ist, der Öffentlichkeit mitzuteilen, mit welcher Bank sie am stärksten im Geschäftsverkehr steht. Immerhin gibt es doch auch für die Öffentlichkeit eine Anzahl Anhaltspunkte. Man kennt z. B. die Zusammenfassung der Aufsichtsräte, man weiß, welche Banken für die einzelnen Gesellschaften Dividendenauszahlungen usw. vornehmen, auch wird bekannt, welche Banken die Auflegung langfristiger Anleihen durchzuführen. Das Bild, das sich aus solchen Merkmalen ergibt, ist nicht immer einheitlich, in seinen Grundzügen aber ist es doch eindeutig genug.

So geht z. B. aus der Karte hervor, daß die Vereinigte Stahlwerke A. G. am engsten mit der Disconto-Gesellschaft und der Darmstädter und Nationalbank verbunden ist, daß aber außerdem auch die anderen Großbanken mit diesem Trust in loserer Beziehung stehen; das erklärt sich daraus, daß sich diese Gesellschaft aus zahlreichen Firmen zusammensetzt, die nach und nach, im Verlauf mehrerer Jahrzehnte, miteinander verschmolzen wurden und daß die Bankverbindungen, die ursprünglich einmal die eine oder die andere Firma gehabt hat, auch heute noch in irgendeiner Form weiterleben. Es kommt allerdings auch vor, daß zwar Beziehungen zu einer Bank nicht mehr bestehen, daß jedoch aus Tradition diese Bank einen Aufsichtsratsposten stellt.

Besonders interessant ist das Verhältnis der einzelnen Kalkonzerne zu den Großbanken. Heute arbeiten der Burbach-Konzern und der Wintershall-Konzern und mit ihnen die Commerz- und Privatbank und die Deutsche Bank zusammen, beide Gesellschaften verfügen gemeinsam über mehr als die Hälfte der Anteile des Kalkonzerns. An der wichtigsten Gegengruppe, d. h. am Konzern Salzkammergut-Verfahren-Weitervergn, sind die Disconto-Gesellschaft und die Darmstädter und Nationalbank interessiert. In den heftigen Interessenkämpfen der Kalkonzerngruppen waren diese Bankengruppen natürlich maßgebend beteiligt und oft wurden die wichtigsten Kampfparolen nicht von den Kalkonzerngruppen selbst, sondern in den Geheimkabinetten dieser Großbanken ausgegeben.

## Wandlung in Staat und Wirtschaft

Tausenderlei Dinge sind es, die uns täglich daran erinnern, wie grundverschieden die heutige Wirtschaftsgestaltung gegenüber jeder anderen in früherer Zeit ist. Sowohl das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, als auch die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit haben sich grundlegend geändert. Die Kriegswirtschaft veranlaßte den Staat zum ersten Male, in die Wirtschaft fühlbar einzugreifen. Wenn dieser Eingriff auch infolge der abnormen Verhältnisse im Kriege als etwas Selbstverständliches bezeichnet wurde, so ist doch dadurch ein Wandel angebahnt worden, der für alle Zukunft richtunggebend ist. Vertreter der Privatwirtschaft können sich noch so sehr über das Vordringen des Staates in das Wirtschaftsleben empören; sie werden es nie verhindern können, daß der Einfluß der öffentlichen Hand größer und größer wird. Und im Grunde sind viele Unternehmer froh, daß die öffentliche Hand mitbestimmend im Wirtschaftsleben tätig ist. Kürzlich ist im Reichswirtschaftsrat die Feststellung gemacht worden, daß die Aufträge der öffentlich kontrollierten Wirtschaft mehr als 7 Milliarden Mark betragen. Sie bilden in ihrer Geschlossenheit weit hin das Rückgrat einer stabilen Konjunktur.

Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist in gleicher Weise grundlegenden Veränderungen unterworfen gewesen. Der entscheidende Schritt zu dieser Veränderung wurde im Jahre 1927 mit der Verwirklichung des sogenannten Hindenburg-Programms getan. Dieses sah die mitberatende und mitbestimmende Beteiligung der Arbeiterschaft bei wichtigen Funktionen der Betriebe vor. Auf diesen ersten Schritt zu einer Demokratisierung der Wirtschaft sind später weitere gefolgt. Die Verordnungen der Volksbeauftragten haben in sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Beziehung manches verwirklicht, was die Arbeiterschaft vorher nur in groben Umrissen zu ahnen und zu fordern vermochte. Die gesetzgeberische Tätigkeit der folgenden Regierungen und Parlamente hat auf dieser Grundlage weiter gebaut. Manches ist erreicht worden. Wir nennen den Reichswirtschaftsrat, das Betriebsrätegesetz, die kollektiven Arbeitsverträge, die Schlichtungsordnung, die Arbeitslosenversicherung, das Arbeitsgerichtsrecht, um nur bei den wichtigsten zu bleiben. Das

Mary hat die Verwirklichung des Zehnstundentages in England den Sieg eines Prinzips genannt. Wenn schon die Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden von dem größten Denker aller Zeiten als die Verwirklichung eines Prinzips angesehen wurde, so können wir, wenn wir rückwärtswand die Errungenschaften betrachten, den Sieg eines noch größeren Prinzips feiern.

Auch andere Staaten sind einem ähnlichen Weg wie Deutschland gegangen. In England, Frankreich, Italien, Desterreich, Tschechoslowakei, Schweden, Belgien wurden ähnliche Gesetze verwirklicht und vorbereitet. Das Internationale Arbeitsamt leistet seit Jahren erfolgreiche Arbeit, um die Sozialpolitik zu internationalisieren, d. h. wichtige Errungenschaften des einen Landes zur gesetzlichen Grundlage aller Länder zu machen. So sehen wir, daß neues Leben aus den Ruinen spricht, daß überholte Anschauungen langsam und langsam zu Grabe getragen werden und veränderte Verhältnisse sowohl geistig als gesetzgeberisch ihren endgültigen Niederschlag finden.

Doch sollten wir uns darüber nicht täuschen, daß die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzgebung Deutschlands noch einem großen Torso gleicht. Gewiß, wir haben das Kohlenwirtschaftsrecht, das Betriebsrätegesetz, die Schlichtungsordnung, den Reichswirtschaftsrat und vieles andere. Aber gerade die entscheidenden Gesetze, die die Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Kapital und Arbeit regeln sollen, stehen heute noch nicht endgültig fest, sondern im Mittelpunkt lebhafter Erörterungen. Das dürfte doch wohl ein Beweis dafür sein, daß vieles lediglich auf dem Papier steht, ohne vom blutvollen Leben erfüllt zu sein.

Betrachten wir die Verhältnisse in der Wirtschaft, so finden wir, daß auf dem Gebiete der kapitalistischen Monopole die Machtverhältnisse nach wie vor einseitig festgelegt sind. Die Kartell- und Monopolkontrolle der öffentlichen Gewalt ist vollständig ungenügend. In der Regierungserklärung wurden entscheidende Schritte in dieser Richtung in Aussicht gestellt. Wir wollen abwarten, in welcher Richtung man hier vorzugehen gedenkt. Dieweil die Regierungen Beratungen pflegen, wie die Kartellverordnung vom November 1923 geändert werden kann, jetzt sich der Vormarsch der Kartelle und monopolistischen Vereinigungen ungehindert fort. Im letzten Wirtschaftsbericht der Disconto-Gesellschaft wird festgestellt, daß die Konzentration

der Betriebe und Unternehmungen gerade in den letzten Wochen mit erneuter Wucht einsetzt. Die Maschinenindustrie, die Wertstoffe, die Nahrungsmittelindustrie, das Mühlenhandwerk, die Brauindustrie, die chemische Industrie, der Kohlenbergbau, die Schwermetallindustrie bieten Beweise dafür, wie sich die Konzentrationsneigung neu befestigt. Die Formen der Zusammenschlußbewegung sind mannigfaltig, aber die Zusammenschlüsse horizontaler Art überwiegen durchaus.

Daneben setzt sich unbeeinträchtigt und unbehindert die internationale Zusammenschlußbewegung fort. Es vergeht kaum eine Woche, wo nicht der Abschluß einer internationalen Interessengemeinschaft oder eines Kartells perfekt wird. Die Verschmelzungen der europäischen Wirtschaft werden immer inniger. Eine entscheidende Stabilisierung eines international verschachtelten Großkapitalismus setzt sich durch. Der Wirtschaftsrat des Völkerbundes, der auf Grund der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz gebildet wurde, hat auf seiner ersten Tagung im Mai d. J. auch über die internationale Wirtschaftsverflechtung einiges gesagt. Ueber den Punkt: „Industrielle Verkündigungen“ lesen wir in den Vorschlägen:

„Es handelt sich um Kartelle und Trusts, die schon vor dem Kriege am Werke waren und in den letzten Jahren eine ganz besondere Entwicklung genommen haben. Von Preisverhandlungen und Marktabgrenzungen führten sie bis zu den ausgehebeltesten Interessengemeinschaften. Diese arbeiten auf nationalem und internationalem Boden, und es kommt ihnen sowohl die gesamte Produktion, als für deren Verteilung eine große Bedeutung zu.“

So ist man allgemein davon überzeugt, daß sich die Wirtschaft gründlich gewandelt hat. Aber sowohl national wie international begnügt man sich mit leeren Phrasen oder höchstens mit unbedeutender Flickarbeit. Es kommt aber darauf an, die Konsequenzen aus dem tatsächlich bestehenden Zustand zu ziehen. Was jetzt in Deutschland an gesetzlichen Grundrissen besteht, ist zum Teil noch Stückwerk und nur für die Übergangszeit geschaffen worden. Neue und endgültige Regeln und Gesetze müssen für die Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Kapital und Arbeit getroffen werden. Der nächste Weltwirtschaftskongress wird einige Fingerzeige geben, welche Aufgaben zunächst verwirklicht werden müssen.

## Russische Rationalisierung.

Es dürfte allgemein bekannt sein, wie sehr die sowjetrussische Staatsindustrie im Rahmen eines schematischen Rationalisierungsprozesses befreit ist, die Leistung pro Kopf zu steigern. In keinem anderen Lande stellt sich die wirtschaftstechnische Umstellung so sehr als überpannte Mechanisierung dar wie in Rußland. Gerade weil der Umstellungsprozeß dort in der Hauptsache Mechanisierung und Mechanisierung ist, konnte der grobe Erfolg, die Steigerung des Leistungseffektes auf jeden Fall, fürs erste nicht ausbleiben. Die Verhältnismäßig leicht zu erringenden und in die Augen fallenden Erfolge, die dem Techniker bei einer überpannten Mechanisierung winken, sind auch die letzten Ursachen, weshalb Rußland den Rationalisierungsprozeß so einseitig durchführt; denn die Warennot in Rußland stellt ständig wachsende Ansprüche an die Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates.

Es entsteht hier die Frage, wie weit die russische Arbeiterkraft in einem Lande, das unter proletarischer Diktatur steht, an den Erfolgen der Rationalisierung beteiligt wird. Für die Beantwortung dieser Frage kommt die Entwicklung der Löhne und der Lebenshaltungskosten seit dem Jahre 1923 in Betracht. Für den Nominallohn ist festzustellen, daß er seit dem genannten Jahre ununterbrochen ansteigt. Da sich aber das russische Geld in dem fraglichen Zeitraum verflüchtigt hat, d. h. weil die Warenpreise ebenfalls angestiegen sind, wollen die Nominallöhne wenig über die Kaufkraft des russischen Industriearbeiters, also den Reallohn, besagen. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Sowjetunion vollzog sich die Entwicklung des Nominallohnes und der Kaufkraft des Lohnes (in Rubel pro Monat) wie folgt:

	Nominallohn	Reallohn
1923-24	36,15	21,66
1924-25	45,21	26,56
1925-26	55,38	29,49
1926-27	60,50	31,81

Nach dieser Aufstellung ist die Kaufkraft des russischen Arbeiters mit der Rationalisierung ständig gestiegen. Es hat eine weitgehende Beteiligung des Industriearbeiters in der Sowjetunion an den Rationalisierungserfolgen stattgefunden. Die Aufstellung geht aber von der Auffassung aus, daß die Kaufkraft des Rubels innerhalb der letzten vier Jahre nur um etwa 30 Prozent geringer geworden sei. Hier liegt der Haken im Pfeffer, denn die Entwertung des Rubels ist in einem viel größeren Umfange vor sich gegangen.

Mit der Frage, wie groß die Entwertung des russischen Rubels in der von uns ins Auge gefaßten Zeit in Wirklichkeit gewesen ist und wie diese Entwertung auf die Kaufkraft des Lohnes zurückwirkte, beschäftigt sich der bekannte Rußlandforscher Dr. Otto Deutsch in einer längeren Darstellung. Deutsch ist absolut kein Bolschewikenfeind. Er hat die Verhältnisse auf dem Lohngebiete in Rußland gründlich untersucht. Dabei hat ihn die Sowjetregierung stark mit statistischen Erhebungen unterstützt, die, was von besonderer Bedeutung ist, bei seinen Besprechungen verwandt werden.

Deutsch betont, daß rein äußerlich heute die Kaufkraft des Rubels (indegemäßig) auf etwa die Hälfte seines Goldwertes gesunken sei. Praktisch stelle sich jedoch die Rubelentwertung bestimmt größer dar, weil nach verlässlichen privaten Schätzungen der Index für sämtliche Industrieartikel auf mehr als 350 gestiegen ist und nur die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse indegemäßig zwischen 180 und 200 schwanken. Wenn man demgemäß die Kaufkraft des Rubels heute mit 35 bis höchstens 40 Prozent der Vorkriegs Kaufkraft annehme, so komme man zu dem Ergebnis, daß der monatliche Reallohn des Sowjetarbeiters im Durchschnitt zweifellos nicht höher ist als 21 bis 24 Goldrubel. Es sei also gegenüber dem Jahre 1923-24 kaum eine Lohnsteigerung zu verzeichnen.

Man kann sagen, die Beurteilung der Rubelentwertung durch Deutsch ist immerhin eine private Beurteilung. Aber selbst wenn man die vom russischen Zentralstatistischen Amt angegebene Rubelentwertung bei den Berechnungen zugrunde legt und die Kaufkraft des russischen Durchschnittslohnes heute mit 31,81 Rubel annimmt, ergibt diese Berechnung einen geradezu grotesk niedrigen Reallohn. Deutsch führt in seiner Darstellung darüber folgendes aus:

Die vom russischen Zentralstatistischen Amt offiziell festgelegte Kaufkraft des Durchschnittslohnes entspricht knapp 16 Dollar oder 61 Reichsmark. Dabei kommen aber (wovon sich Deutsch persönlich überzeugt hat — Red.) bei einzelnen Kategorien von Arbeitern, insbesondere bei den Transportarbeitern, Monatslöhne von nominell nur etwa 20 Rubel vor, die eine Kaufkraft von rund 11 Rubel haben.“

Gemessen an den westeuropäischen Verhältnissen erscheint ein Monatslohn mit einer Kaufkraft von 11 Goldrubel sicherlich grotesk niedrig. Deutsch belegt aber seine Behauptung durch zahlreiche Beispiele, so daß an seinen Feststellungen nicht zu zweifeln

ist. So machen die höchsten Durchschnittslöhne im Monat in den elektrotechnischen Betrieben nach den vom Obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion vorgelegten Biffern im Jahre 1928 nicht ganz 103 Rubel nominell aus. Das sind nach der sehr günstigen offiziellen Kaufkraftberechnung 51 Goldrubel oder 27 Dollar oder 110 Reichsmark. Dabei haben wir es mit Höchstlöhnen zu tun. Die Löhne in der Textilindustrie liegen z. B. wesentlich unter dem Durchschnitt von 60 Rubel. Nach der offiziellen Statistik des russischen Textilindustrials beträgt der Durchschnittslohn in der Leinenindustrie 40 Rubel nominell pro Monat oder 21 Rubel nach der Kaufkraft. Die niedrigsten Kategorien der Arbeiterinnen werden mit einem Monatslohn von nominell 23,80 Rubel abgefunden. Diese Lohnsumme hat eine Kaufkraft von 12 Goldrubel oder 6 Dollar oder 24 Reichsmark.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Reallohn in Rußland während der russischen Rationalisierung gesunken sind. Von einer Beteiligung der russischen Arbeiterschaft an den Rationalisierungserfolgen kann keine Rede sein.

### Nicht ganz so einfach.

Bei Betrachtungen des europäischen und amerikanischen Wirtschaftsproblems wird naturgemäß auch des öfteren die Frage gestellt, wieso Industrieerzeugnisse für den täglichen Bedarf in Amerika trotz wesentlich höherer Löhne billiger als in Europa und namentlich in Deutschland sind. Ein sehr typisches Beispiel ist ja die Autoindustrie. Der französische Industrielle und Vorkämpfer einer der größten Autofabriken Europas, Andre Citroen, schreibt in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 183) über die Rationalisierung in der europäischen Automobilindustrie, wobei er die Frage über Lohn und Preis folgendermaßen zu klären versucht:

„Man hört als Automobilfabrikant oft die Frage, wie es kommt, daß die europäischen Wagen nicht viel billiger als die amerikanischen sind, da doch die europäischen Arbeiter einen um vieles geringeren Lohn als ihre amerikanischen Kameraden bekommen, die 7 bis 8 Dollar am Tage verdienen. Die Erklärung für dieses nur scheinbare Rätsel ist äußerst einfach. Der Grund liegt darin, daß die europäischen Automobilindustrie sehr viel mehr für alle Rohmaterialien zu zahlen hat als die amerikanische Industrie. Daneben ist die europäische Industrie weit stärker mit Steuern und sonstigen Abgaben belastet, als dies in Amerika der Fall ist, und die Transportkosten sind hier gleichfalls unverhältnismäßig höher als in der neuen Welt. Will man der europäischen Industrie die gleichen Bedingungen wie der amerikanischen Industrie zubilligen, so muß man zunächst eine Vereinheitlichung des europäischen Zollsystems herbeiführen, sowie eine Abschaffung der vielen Zollformalitäten aller Art, die heute den freien Warenaustausch in Europa erschweren. Würde dies geschehen, so bin ich der festen Überzeugung, daß wir unsere Produktion sofort erheblich steigern könnten.“

Die Beantwortung dieser Frage erscheint uns doch allzu einfach. Ein sehr großer Unterschied in den Preisen der Rohmaterialien haben und drüber liegt nach unserer Meinung nicht vor. Dann wird die Höhe der Transportkosten angeführt. Leider wird nicht gesagt, was hier unter Transportkosten gemeint ist. Meist hat Citroen zweifellos, wenn er einen triftigen Grund für die Rückständigkeit der europäischen Industrie und der Preisgestaltung in dem gegenwärtigen europäischen Zollsystem sieht. Auch unsere Meinung ist es, daß sich bei Abschaffung der vielen Zollformalitäten die Produktion bei geringeren Preisen erheblich steigern ließe. Das Verhältnis zwischen Preis und Lohn ist aber durch die Neuerungen des französischen Automobilfabrikanten nicht geklärt. Immer noch ist es uns ein Rätsel, daß bei wesentlich höheren Löhnen die Fertigwaren in Amerika billiger sind, als in dem benachbarten Europa mit niedrigeren Löhnen. Da scheint doch noch etwas anderes als die oben angeführten Momente eine Rolle zu spielen, nämlich die bornierte Auffassung der Unternehmer, daß die nach hohen Löhnen strebende Politik der Gewerkschaften die Wirtschaft ruinieren.

### Arbeitsmarkt und Landarbeiterlöhne.

Die kapitalistische Presse heult immer darüber, daß sich oft Arbeiter weigern bzw. sich nicht dazu „bequemen“ könnten, wenn sie in der Industrie arbeitslos werden, in landwirtschaftlichen Betrieben Arbeit zu übernehmen, so daß dieselben gar ausländische Arbeiter hereinholen müßten. Daß aber die Landwirtschaft nur Löhnerlöhne zu zahlen bereit ist, verschweigt man gewöhnlich. Es wird die Tatsache selbst direkt abgestritten und gesagt, daß die Entlohnung der Landarbeiter „verhältnismäßig“ gar nicht so schlecht sei. Dies alles, weil die ganze Polemik ja eigentlich doch nur geführt wird, um gegen die Arbeitslosenversicherung gehen zu können.

Daß es aber in Wirklichkeit mit den Lohnverhältnissen der Landarbeiter mies bestellt ist, wird nun auch aus kompetentem Munde bestätigt. Als wissenschaftlicher Sachverständiger ersten Ranges gilt in Deutschland der Professor Aereboe. Dieser hat jetzt ein neues Werk „Agrarpolitik“ herausgebracht. Das Buch bietet außerordentlich lehrreiche Einblicke in das Wesen der deutschen Landwirtschaft. Aereboe hält einen hohen Landarbeiterlohn für notwendig. Der Landarbeiterlohn sei immer mehr hinter dem Bodenpreis zurückgefallen, so daß es immer schwerer für den Landarbeiter sei, sich selbständig zu machen. Im einzelnen führt der Verfasser aus:

„Wer deutsche Nationalpolitik treiben will, der muß nicht nur deutsche Bauernpolitik, sondern auch deutsche Landarbeiterpolitik treiben und darf dabei der Annäherung der Landarbeiterlöhne an die Industriearbeiterlöhne nichts in den Weg legen, vielmehr muß er alles wollen, was die Einkommens- und Lebensverhältnisse des Arbeiterstandes auf dem Lande günstiger gestalten kann. Demzufolge kann der Landflucht nur begegnet werden, wenn neben der allgemeinen Verbesserung der Löhne sowohl größere Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden, als auch der Inhalt des Landbesitzes so reich gestaltet wird, daß er die Menschen festhält. Was die Aufstiegsmöglichkeiten anbelangt, so müssen dieselben vornehmlich in dem allmählichen Uebergang der tüchtigsten Landarbeiter in den Stand der Kleinrentner gesucht werden. Diese Möglichkeiten aber müssen in erster Linie durch Ueberlassung von Lohnland geschaffen werden... Was dem deutschen Bauernstand, wenn auch nur allmählich, so doch sicher wieder aufhelfen kann, sind hohe Löhne der Landarbeiter und steigende Volksschulung im allgemeinen und des Kleinbauernstandes im besonderen.“

Würde man diese Belehrung beherzigen, dann würden nicht nur viele Arbeitslose aus der Industrie zurückwandern in die Landwirtschaft, sondern es würde schon der ständige Zustrom vom Lande in die Industrie gehemmt und so das Arbeitslosenheer natürlich vermindert werden. Hier also sollte die kapitalistische Presse einhalten, wenn es ihr um ernsthafte Mäßigkeit bei Regulierung des Arbeitsmarktes zu tun ist.

# Geschäftsbericht und Bilanz der Preußag für 1927.

Der Geschäftsbericht und die Bilanz sind bereits Anfang April d. J. für einen kleinen Kreis von Interessenten erschienen. (Siehe auch „Ber. u. Wirtsch.“ Nr. 6, Juni 1928.) Der Presse selbst wurde seinerzeit ein kurzer Auschnitt zugestellt, der aber in den wesentlichen Teil keine Uebersicht über die wirklichen Ergebnisse geben konnte. Wir sind aber erst jetzt in der Lage, uns mit dem uns zugegangenen Geschäftsbericht und der Bilanz zu beschäftigen.

Die Arbeiter der Oberhärzer und Unterhärzer Betriebe, soweit sie der Preußag angehören, haben naturgemäß ein wesentliches Interesse daran, was der Vorstand der Preußag in seinem Bericht zu sagen hat.

Beiher gibt der Bericht und auch die Bilanz keinen Aufschluß über die Unterhärzer Werke, die Hilttenwerke und die Grube Rammelsberg. Diese werden als Beteiligungen angeführt. Auch in dem Gewinn- und Verlustkonto ist entgegen den früheren Gepflogenheiten der Gewinn aus Beteiligungen nicht extra angeführt, sondern mit dem Betriebsgewinn der gesamten Preußagwerke in einer Zahl zusammengelegt.

Warum man das tut, ist einleuchtend. Man will, daß aus den Veröffentlichungen, zu denen die Preußag nun einmal auf Grund des Handelsgesetzbuches verpflichtet ist, so wenig wie möglich für den Ueingegebenen klar wird.

Während man in den Geschäftsberichten der Vorjahre einigermaßen orientierende Angaben über die Leistungen der Arbeiter pro Kopf und Schicht machte und sie den Leistungen der Vorjahre gegenüberstellte, erfährt man hierüber aus dem Bericht nichts. Jedenfalls sind die Leistungen namentlich in den Kohlen- und Kalkbetrieben derart gestiegen, daß man sie der Öffentlichkeit nicht unterbreiten möchte, da ja dann auch Vergleiche mit den im Laufe des Jahres gestiegenen Löhnen angestellt werden könnten.

Um so ausgiebiger wird aber die sozialpolitische Belastung behandelt. Dieses ist das einzige Gebiet, auf dem der Vorstand der Preußag aus sich herausgeht. Man erfährt, daß die Preußagwerke am Jahresabschluss eine Gesamtbeschäftigung von 30 922 Mann hatte (im Vorjahr 31 628). Davon waren 28 690 Arbeiter (gegen das Vorjahr 733 weniger), 1507 Angestellte (67 mehr) und frühere Staatsbeamte 725 (40 weniger). Während also die Beschäftigungsziffer für Arbeiter sich um 733 Mann verringert hat, ist die Zahl der Angestellten um 67 gestiegen.

Die gesamte sozialpolitische Belastung der Werke beträgt:

Gesellschaftliche Versicherungsbeiträge	7 975 168 M.
Urlaubsvergütung	1 216 576 "
Sonstige sozialpolitische Aufwendungen	3 11 024 "
Pensionen, Wartegelder	1 902 369 "
<b>Zusammen</b>	<b>11 495 137 M.</b>

Um nun aber den Betrag der Leistungen noch größer erscheinen und jedenfalls noch abschreckender wirken zu lassen, braucht der Vorstand einen Kunstgriff. Er nimmt den Betrag, den die Arbeiter zu ihrem Teil an Versicherungsbeiträgen zahlen (insgesamt 7 956 460 M.) und zählt ihn dem eigenen Betrag zu. Er erhält dann den Betrag von 19 391 598 M. und bezeichnet ihn als Gesamtbelastung der Preußag auf sozialpolitischem Gebiete.

Derartige Berechnungsmethoden sind dann freilich mit ihren Ergebnissen ein wirksames Abschreckungsmittel für die Kreise, die der Sozialpolitik feindlich gegenüberstehen. Man mag das Ding brechen und wenden. Zum Schluß ist aber die Tendenz zweifellos zu erkennen.

Der Gewinn aus eigenen Betrieben und Beteiligungen beträgt 20 098 390 M. Einschließlich Vortrag aus dem Vorjahre und aus aufgelösten Rückstellungsfonds steht ein Betrag von insgesamt 24 443 231 M. zur Verfügung. Dieser wird wie folgt aufgeteilt:

Pensionen, Steuern, Berg- und Rauchschiaden sowie noch einige diverse Kosten	5 652 817 M.
Abschreibungen	11 012 421 "
<b>Somit bleibt ein Reingewinn von</b>	<b>7 777 965 M.</b>
Dieser verteilt sich wie folgt:	
Ueberweisung an den Reservefonds	500 000 "
Rückstellung für Gehaltserschöbungen	26 000 "
" " Feuerversicherung	250 690 "
" " Unterstühtungen, Belohnungen	188 754 "
" " zweifelhafte Außenstände	69 621 "
An den preußischen Staat	5 000 000 "
Vortrag auf neue Rechnung	1 742 900 "
<b>Zusammen</b>	<b>24 443 231 M.</b>

### Deutschlands Schwerverdiener.

In der „Schweizerischen Metallarbeiter-Ztg.“ vom 11. August finden wir einen Artikel: „Steigende Rendite in Deutschland“, der folgendermaßen schließt:

Wenn wir die Völkerverwanderung uns begeben, die gerade in diesen Tagen wieder die Schweiz durchzieht, so muß jedem Mann auffallen, wie außerordentlich stark das deutsche Element wieder vertreten ist. Eine so starke Zunahme des deutschen Elementes wäre nicht denkbar, wenn die deutsche Wirtschaft die Gewinne mit so unendlicher Mühe herauszuschläge, wie etwa das schwerindustrielle deutsche Kapital der Welt vorzumachen beliebt. Deutschland, das heißt das deutsche Kapital, muß wieder verdienen. Das geht aus seiner Lebenshaltung im kurgastlichen Ausland so deutlich hervor, wie aus der Statistik über Aktiengesellschaften. Um so größere Sympathie verdienen die deutschen Arbeiter, die ihre Lohnforderungen einer mächtig organisierten deutschen Unternehmerschaft bzw. einem mächtig organisierten Kapital abtrotzen müssen und dabei alle Finissen der modernen Kosten- und Buchungsstechnik gegen sich haben.“

So erregt selbst im Ausland der außergewöhnliche Zuwachs von Kurgästen aus Deutschland Aufsehen. Daß sich unter den Kurgästen in der Schweiz keine Arbeiter und nur ganz vereinzelt untere Beamte oder Angestellte befinden, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Der steigende Ueberschuß aus der Mehrwertsumme der Arbeitskraft ermöglicht anderen, derartige Reisen zu machen.

### Wo herrscht Schlichterbittatur?

Das Schlichtungsverfahren ist noch immer Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen. Ueber den Wert derselben sind die Meinungen sehr geteilt. In der „Industrie- und Handels-Zeitung“ (Nr. 184) finden wir eine Zusammenstellung, die außerordentlich lehrreiche Einblicke in den Wirkungsbereich des Schlichtungswesens gewährt:

„Uns liegt eine Zusammenstellung von kompetenter Stelle vor, die einen derartigen Ueberblick recht gut vermittelt. Erfährt worden sind 402 Lohntarifverträge mit über 5 1/2 Millionen Arbeitern nach dem Stande vom 24. Juli 1928. Von diesen Verträgen sind 46 = 11,4 Proz. durch verbindlich erklärten Schiedsgericht zustand gekommen, 64 = 15,9 Proz. durch Vergleich vor dem Schlichter nach vorausgegangenem Schiedsgericht, 147 = 36,3 Proz. durch beiderseitig angenommenen Schiedsbruch, 134 = 33,3 Proz. durch freie Vereinbarung; in 11 Fällen (2,8 Proz.) herrschte am 24. Juli ein tarifloser Zustand.“

Aus der Bilanz, die in Aktiva und Passiva mit 161 263 389 M. abschließt, ist vor allen Dingen die im Geschäftsjahre außerordentlich hohe Erhöhung der festen Werte beachtenswert. Diese hatten am 31. Dezember 1926 einen Bestand von . . . 96 484 806 M. Zugang im Laufe des Geschäftsjahres . . . 29 738 319 „ Abgang im Laufe des Geschäftsjahres . . . 18 131 077 „ Bestand am 31. Dezember 1927 . . . 108 111 547 M. Abschreibung . . . 8 466 778 „

Buchwert der festen Werte am 31. Dez. 1927 99 644 769 M. Wenn auch die Abgänge in den verschiedenen Positionen durchaus normal sind und verständlich erscheinen, so sind doch einzelne Positionen vorhanden, die in den Uegen der Ueingegebenen jedenfalls Anlaß zum Nachdenken geben müssen.

So z. B. Position 5 der Bilanz: „Neuanlagen im Bau“; sie standen am 31. Dezember 1926 mit 5 571 483 M. zu Buche. Im Zugang während des Geschäftsjahres 8 885 770 M. Abgang während derselben Zeit 6 741 601 M. Bestand am 31. Dezember 1927 7 712 653 M.

Ein Verkauf oder eine Veräußerung von Neuanlagen ist wohl nicht anzunehmen. Bleibt also nur der Schluß, daß die Wertminderung durch Abschreibung herbeigeführt worden ist und aus eigenen Mitteln ohne wesentliche Minderung des Reingewinns durchgeführt werden konnte. Gewiß ein Beweis von der sehr günstigen Finanzlage der Gesellschaft.

Sehr interessant wäre es auch, zu erfahren, wieso die Position 14 (Bergwerksgerätschaften), die am Anfang des Geschäftsjahres mit rund 2 1/2 Millionen zu Buche stand, sich im Laufe des Jahres um rund 6 1/2 Millionen im Werte durch Abgang vermindert hat. Verkauf eines Teiles der Gerätschaften ist wohl nicht anzunehmen. Jedenfalls müssen sehr starke unsichtbare Reserven vorhanden sein, um den außerordentlich günstigen Stand der flüssigen Mittel erklärlich erscheinen zu lassen.

Die flüssigen Mittel, welche am Anfang des Jahres mit rund 5 1/2 Millionen zu Buche standen, haben sich im Laufe des Geschäftsjahres um über 10 Millionen vergrößert und standen am Schluß des Jahres auf über 15 1/2 Millionen Mark, trotzdem die finanziellen Anspannungen, wie sie aus dem Zugang der festen Werte mit rund 30 Millionen ersichtlich sind, sehr erheblich gewesen sein müssen.

Alles in allem kann man aus den Aktivposten der Bilanz eine außerordentlich hohe Liquidität der Bilanz selbst ersehen. Sie nähert sich, was gewiß nicht zu viel gesagt ist, dem Stande einer Idealbilanz.

Auf der Passivseite der Bilanz ergibt sich daselbe günstige Bild. Noch nicht 16 Prozent der Verpflichtungen sind fremde.

Ein Kapitel für sich ist die unter Position 27 der Aktivseite und Position 38 der Passivseite ausgewiesene transitorische Aktiva und Passiva. Unter diesem harmlosen Titel verbergen sich die Gratifikationen und Gehaltszulagen an die leitenden Beamten. Während man in früheren Jahren diese unter den gewöhnlich auch harmlosen Titel „Kosteneinnahme, Vergütung“ im Gewinn- und Verlustkonto erscheinen ließ und damit dieses Konto belastete, ist man heute in der Buchung dieses Betrages außerordentlich feiger geworden. Man belastet heute nicht mehr damit den Gewinn, sondern man schafft es heute damit, daß hierfür ein Extrakonto aufgemacht wird.

Die Sollseite dieses Kontos hat den gewiß sehr erheblichen Bestand von 7 225 510 M. Die Habenseite weist den Betrag von 552 293 M. aus. Dieser Betrag steht zu Zwecken der Zulagen für leitende Beamte zur Verfügung. Im vorigen Jahre machte dieser Posten den Betrag von 431 974 M. aus. Er hat sich also um über 100 000 M. erhöht. Wir wünschen nur, daß diese Generosität, wie sie seitens der Preußag gegenüber den leitenden Beamten geübt wird, im gleichen Maße auch den Arbeitern zuteil würde.

Wir wollen durchaus anerkennen, daß die günstige Entwicklung der Preußag auf die reformatorische Tätigkeit der heutigen Verwaltung der fiskalischen Betriebe zurückzuführen ist. Diese Reform wurde seit Jahren vor allen Dingen vom Bergarbeiterverband gefordert. Wir finden damit nur unsere Ansicht bestätigt, daß die faumännliche Buchführung durch die Möglichkeit der genauen Betriebskontrolle den alten Schlenkrian unter der beherrschenden Buchführung beseitigen würde und auch zum Teil beseitigt hat. Die Zahlen dieser Bilanz, die noch nicht annähernd erschöpfend behandelt worden sind, ergeben aber ein Bild, welches gewiß nicht mit den Klagekliegern, welche die Vertreter der Preußag bei Lohnverhandlungen anstimmen, übereinstimmt. R. . . h.

Die Verbindlichkeitsklärung wurde also in verhältnismäßig wenigen Fällen ausgesprochen. Zu je einem Drittel konnten dagegen die Tarife durch beiderseitige Annahme bzw. durch freie Vereinbarung zustande kommen. Interessant ist aber, wenn man für obige Zusammenstellung die Zahl der Arbeiter zur Unterlage einer Betrachtung macht. Danach fielen 1,88 Millionen Arbeiter oder 33,9 Proz. unter die verbindlich erklärten Tarife; 1 Million Arbeiter oder 18,1 Proz. unter die durch Vergleich vor dem Schlichter zustande gekommenen Tarife; 2,6 Millionen Arbeiter oder 47,1 Proz. entfielen auf Tarife, die durch freie Vereinbarung oder beiderseitige Annahme zustande kamen. Die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen wird also hauptsächlich für den Wirkungsbereich der Großindustrie ausgesprochen.

Diese Tatsache ist zweifellos sehr interessant. Die Organisationsverhältnisse sind in der Großindustrie in der Regel am schlechtesten und die Hartnäckigkeit der Unternehmer am größten. Deshalb hier auch die am meisten in Anwendung kommende Verbindlichkeitsklärung. Diese Tatsachen sollten insbesondere unsere Bergarbeiter beherzigen und für reiflichen Anschluß an den Verband wirken.

### Rationalisierung — wozu?

Ziel der Wirtschaftsumstellung und Verbesserung der Produktionsbedingungen, was wir allgemein unter dem Schlagwort Rationalisierung zusammenfassen, sollte letzten Endes eine Senkung der Preise und somit eine Verbreiterung der Produktionsgrundlage sein. Eine Rationalisierung, die lediglich die Produktionsbedingungen verbessert, auf der anderen Seite aber die Preise in die Höhe treibt, also die Kaufkraft erschlägt, anstatt solche zu erzeugen, ist wirtschaftsfeindlich und muß abgelehnt werden. Daß die Wirtschaftsumstellung in Deutschland nicht das gebracht hat, was man allgemein erwartete, ist bekannt. Recht treffend betont der Wirtschaftsbericht der Disconto-Gesellschaft vom 1. August das Fiasco der Rationalisierungsbewegung:

„Es verdient immer wieder hervorgehoben zu werden, daß der viel besprochene Prozeß der Rationalisierung doch nicht nur darauf hinaus ging und hinaus geht, unsere technischen Produktions-einrichtungen dem höheren Stande der ausländischen Wettbewerbsländer anzupassen. Daneben stand bei allen vorgenommenen technischen und organisatorischen Neuerungen, Umbildungen und Vereinfachungen immer als Ziel die Erreichung einer Produktionsverbesserung vor Augen, die zu Preisherabsetzungen und durch diese wieder zu einer Vergrößerung der Produktion und der Umsätze führen sollte.“

Dann wird angeführt, daß das Gegentei eingetreten ist. Der Großhandelsindex für industriell hergestellte Konsumfertigen waren betrug im Jahresdurchschnitt 1926-27 154,3 und im Juli d. J. 176,2. Der Bericht der Disconto-Gesellschaft fährt dann fort:

Die Erhöhung des Gesamtpreiseniveaus ist hauptsächlich auf Preissteigerungen innerhalb der industriellen Produktion und an den industriellen Märkten zurückzuführen. Mit Bezug auf das Problem der Rationalisierung ergibt sich aus dieser Entwicklung die Folgerung, daß wirtschaftliche Erfolge auf diesem Gebiet, soweit ihre Erzielung in Gestalt von Preisverbilligungen zutage treten sollte, bisher überhaupt nicht erzielt worden sind.

Sicher sehr treffende Wahrheiten, die besonders bemerkenswert sind, weil sie von solcher Stelle kommen. Die Disconto-Gesellschaft führt das Mißergebnis der Rationalisierung allerdings auf die Steigerung der Löhne und öffentlichen Lasten zurück. Eine Behauptung, hinter der wir ein großes Fragezeichen setzen, und die uns lediglich als faule Ausrede anmutet.

### Reichskonferenz der Bergarbeiter Oesterreichs.

Am 29. Juli tagte in Leoben eine Konferenz der Obmänner der Verbandsgruppen und der freigewerkschaftlichen Betriebsräte des österreichischen Bergbaues, die von über 100 Delegierten besucht war. Der Obmann des Bergarbeiterverbandes, Kamerad Zwanzger, sprach eingehend über den seinerzeit geplanten Gesetzentwurf betreffend die Provisionszuschüsse bei den Brudersläden, der entschieden abgelehnt werden mußte. Der Entwurf sah keine nennenswerte Erhöhung der Leistungen vor und enthielt derart dröhnende Verschlechterungen, daß an eine Annahme nicht zu denken war. Nachdem Kamerad Zwanzger zu den einzelnen Punkten des Entwurfs in ausführlicher Weise Stellung genommen hatte, kam er zu dem Schluß, daß eine Entwirrung dieser unhaltbaren Zustände nur durch eine Ueberführung der Bergarbeiter mit allen erworbenen Rechten in die Arbeiterversicherung möglich ist, wobei zur Erreichung der Provisions, nicht wie dies der Entwurf vorsieht, die Erwerbsunfähigkeit, sondern die Berufsunfähigkeit maßgebend sein soll.

Zum zweiten und dritten Punkt der Tagesordnung betreffend die Erhöhung des Verbandsbeitrages, der Einschreibegelder, der Streik- und Ausgesperrtenunterstützungen und der Hinterbliebenenunterstützung sprach Kamerad Turini; er begründete in ausführlicher Weise den Antrag des Verbandsvorstandes. Er streifte in einem interessanten Überblick die Kämpfe, die der Bergarbeiterverband bereits durchgeführt hat, und vertrat die Ansicht, daß man sich die Mittel für künftige große Auseinandersetzungen mit den Unternehmern beschaffen muß, um künftige Lohnkämpfe auch mit Erfolg führen zu können. Der Bergarbeiterverband muß sich aber auch aus anderen Gründen mit der Erhöhung der Beiträge befassen. Es ist sehr notwendig, daß er sich an die Beitragsätze des Metallarbeiterverbandes anlehnt, der schon nach 26 Beitragswochen die Unterstützungen bezahlt. Bisher war dies beim Bergarbeiterverband erst bei einjähriger Mitgliedschaft der Fall. Die Streikunterstützungen werden jetzt auch nicht wie bisher in der zweiten Streikwoche, sondern nach dem Antrag schon vom ersten Tag an bezahlt, wenn der Streik mindestens drei Tage gedauert hat. Die Streik- und die Ausgesperrtenunterstützung werden um ein Drittel erhöht, ebenso erfahren die außerordentlichen Unterstützungen nach dem Antrag des Verbandsvorstandes wesentliche Erhöhungen. In dem Verbandsvoranschlag wird die Erhebung der erhöhten Wochenbeiträge ab 1. September d. J. vorgeschlagen. Der Anspruch auf die erhöhten Unterstützungsbeträge tritt mit dem 1. Januar 1929 in Kraft. Der Referent verwies noch auf die zahlreichen Prozesse, die der Verband bei Differenzen für seine Mitglieder geführt hat, die ebenfalls große Kosten verursacht, aber in den meisten Fällen den Mitgliedern zu ihren Rechten verholfen haben.

Mit sprechenden Zahlen begründete dann der Verbandsbuchhalter Kamerad Bachmann den Schritt des Vorstandes, der dem Verbande eine Mehreinnahme von 76 000 Schilling nach Abzug des Beitrages für die Reichsgewerkschaftskommission bringen würde. Diese Mehreinnahme wäre dem Reservefonds (für die letzten zwei Streiks hat der Verband 100 000 Schilling ausgegeben), zuzuführen, weil der Verband bei größeren Kämpfen mit den Unternehmern das Unmögliche nicht finden konnte. Kamerad Bachmann zergliederte noch eingehend die Vorzüge, die den Mitgliedern aus der Erhöhung der Beiträge erwachsen, und teilte mit, daß der Verband im Jahre 1927 16 000 Schilling für Rechtschutz an seine Mitglieder ausgegeben hat und hat, dem Antrag zuzustimmen.

In einer hierauf durchgeführten Debatte, an der sich 23 Delegierte beteiligten, kamen die Redner in ihrer überwiegenden Mehrheit trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage der gesamten Bergarbeiterchaft zu dem Entschluß, ausgehend von der besonderen Wichtigkeit, den Verband auszugestalten und für künftige

Kämpfe zu kräftigen, dem Antrag des Vorstandes zuzustimmen. Nach einem Schlußwort der Kameraden Bachmann und Turini wurde der Antrag von der Konferenz mit großer Mehrheit angenommen. Nachdem noch Kamerad Faude's Mitteilungen über die Lage der kämpfenden Kameraden in Weitsch gemacht und die Versammelten um die moralische Unterstützung der Weitscher Kameraden ersucht hatte, wurde die Konferenz beendet.

### Aus dem Kreise der Kameraden. Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Das Landesarbeitsamt Westfalen, Dortmund, Landgrafenstraße 135, berichtet über die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe in der Zeit vom 10. bis zum 16. August folgendes:

Auf dem Arbeitsmarkt des rheinisch-westfälischen Steintohlenbergbaues ist eine weitere Verschlechterung zu verzeichnen. Einmal haben die Entlassungen ihren Fortgang genommen, sodann sind am 15. August zum Monatsende erneut Kündigungen ausgesprochen worden. So hat u. a. die Gewerkschaft König Ludwig in Reddinghausen zum 31. August rund 300 Mann gekündigt. Auch deutet das Steigen der Feierschichtziffer auf eine weitere ungünstige Entwicklung des bergbaulichen Arbeitsmarktes hin. Die Zahl der im rheinisch-westfälischen Steintohlenbergbau eingelegten Feierschichten betrug in der Woche vom 5. bis zum 11. August wegen Abgasmangels 66 911 (arbeitsmäßig 11 152) gegenüber 58 655 (arbeitsmäßig 9776) in der Vorwoche.

Dem schlechten Beschäftigungsgrade entsprechend ist auch die Belegschaftsziffer im rheinisch-westfälischen Steintohlenbergbau (einschließlich der Bechen des linken Niederrheins) von 34 321 Ende Juni auf 377 260 Ende Juli, also um 7061 zurückgegangen.

### Schauerhafte Zustände bei den Irga-Gruben in Bitterfeld.

Streitbrecherprämien. / Zwang zur Ueberstundenleistung. Nichtbeachtung der Betriebsvertretung. / Kein Eingreifen des Bergamts. / Selbsthilfe der Belegschaft. / Arbeitszeitverkürzung.

Wie schon mitgeteilt wurde, haben die Belegschaften der Irga-Gruben im Bitterfelder Braunkohlenrevier unter der Großschafmacherserei des Generaldirektors Scharf sehr zu leiden. Ein Teil des von ihnen ersuchten Uebererschusses wird nach der unerhörten Maßnahme des betreffenden Herrn nur an Streitbrecher in Form von Jahresprämien ausgezahlt. Alle Einwendungen des Bergarbeiterverbandes und der Betriebsvertretung bekräftigen nur die „sozial“ eingestellte Generaldirektion in ihrem Herrenstandpunkt. Diese Engstirnigkeit, die nur aus Mache gegen die Erfolge des Bergarbeiterverbandes im Oktoberkampf 1927 ausgelöst wurde und lediglich Züchtung der Gesinnungslumperei und Schaffung einer Streitbrechergarde verzielt, ist eines der gemeinsten Mittel, die wir bisher in wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kennen gelernt haben. Sie hat auch unter den betroffenen Bergleuten eine Erbitterung hervorgerufen, die in ihrer Auswirkung betriebswirtschaftlich noch nicht abzusehen ist. Ungeachtet der öffentlichen Meinung, die sich damals im Oktober ausschließlich auf Seiten der um ihre gerechte Lohnforderung schwer ringenden Arbeiterschaft gestellt hatte und auch jetzt eine derartig gemeine Handlungsweise und Ungerechtheit verurteilt, werden nunmehr von Betriebsführern und Angestellten Anordnungen befohlen, die wahrscheinlich auch von der „sozialen“ Zentrale des Herrn Scharf herausgegeben werden.

Mit einem brutalen Zwang wird jetzt indirekt das Verfahren von Ueber- und Sonntagschichten angeordnet mit dem Bemerkten, wer Sonntags nicht arbeitet, dem werden die Prämien für die regulären Schichten entzogen. Ein Unterschied zwischen Notstandsarbeiten und reinen Produktionschichten wird nicht gemacht. Wer nicht nach der Peise der Arbeitgeber tanzt, erhält eben das knapp bemessene, willkürlich festgesetzte und verteilte Zuderbrot „Prämie“ nicht. Das so angewandte Prämienystem, das der Verband der Bergarbeiter im Prinzip wegen Ermangelung des Rechtsanspruches ablehnt, verliert den vom Arbeitgeber verfolgten Zweck der Leistungssteigerung vollständig. Eine Leistungssteigerung, von der die Arbeitgeber so viel reden und schreiben, wird nicht durch dieses diktatorische System erzwungen, sondern nur durch einen rechtlichen Anspruch an erhöhte Schichtlöhne, die leicht mit der gesetzlichen Betriebsvertretung vereinbart werden können, da ja Tariflöhne Mindestlöhne bedeuten. Außerdem zeigen derartige Anordnungen keineswegs die so viel gelobte „soziale“ Einstellung der Irga gegenüber ihren Arbeitern, ganz abgesehen davon, daß damit auch nicht der fittlich moralische Hochstand der Grubengewaltigen zum Ausdruck kommt, denn nichts ist leichter und bequemer, als dem wirtschaftlich schwächeren Arbeiter alle Lasten aufzubürden, um im selben Atemzuge von einer „Werksgemeinschaft“ und „Harmonie“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sprechen.

Wie wenig es eine Gemeinschaft zwischen profitgierigen, vom Verfallsdünkel besessenen Generaldirektoren und Arbeitern gibt, beweist die Tatsache, daß bei allen obigen Maßnahmen die gewählte Vertretung der Belegschaften nicht einmal gehört wurde, viel weniger noch mitbestimmen konnte. Eine Genehmigung des Betriebsrats zu den angeordneten Sonntagschichten am 22. Juli, 29. Juli und 5. August, wo die Werkleitung — so unglaublich es auch klingen mag — durchgehende Arbeitszeiten von 12 bis 28 Stunden duldet, lag nicht vor. Dagegen spendierte die Werkleitung der Abraumbetriebe Deutsche Grube und Auguste, um die verblüffende Durchführung dieser langen Arbeitszeiten den einzelnen Arbeitern zu ermöglichen, ein Mittagessen, dazu — man höre und staune! — solche große Mengen von Flaschenbier, daß andere Arbeiter am Montag bei Schichtbeginn die Frühstücksbuden vollgelobt voranden. Wie die betreffenden Werkleitungen eine derartige Maßnahme in Einklang mit den bergpolizeilichen Bestimmungen und Vorschriften bringen wollen, bleibt dem Scharfsinn der verantwortlichen Angestellten überlassen. Ueberhaupt scheinen sie vergessen zu haben, daß noch Unfallverhütungsvorschriften für Braunkohlenbergwerke bestehen, sonst würden sie nicht das mehrmalige Vortreffigwerden einzelner Betriebsratsmitglieder, die verschiedene Mängel vorbrachten, wie: ungeschützte Bahnübergänge, Arbeiten unter einem unisolierten Starkstromnetz usw., völlig unbeachtet gelassen haben, sondern den Brunnen zudecken, ehe das Kind hineinfällt. Oder glauben sie, daß das zuständige Bergamt in Halle weitab vom Schuß liegt, daß außerdem alle Revierbeamten ihre Sommerreise angetreten haben und so auf eine Befahrung der Anlagen erst zu Weihnachten zu rechnen ist?

Hoffentlich besinnt sich das Bergamt auf seine Pflicht und prüft baldigst die Beschwerden, die sie schon mehrfach erhalten hat über die Zustände auf Deutsche Grube und Auguste, und sorgt um deren Beseitigung. Gute Ratschläge, wie die bestehenden Mißstände beseitigt werden können, erhält ganz bestimmt der kontrollierende Revierbeamte von Mitgliedern des Betriebsrats, nur darf er nicht vergessen, wie das schon verschiedne Male geschah, überhaupt einen Betriebsrat zu der Befahrung hinzuzuziehen, sonst sieht die Sache so aus, als ob dem Wär das Fell gewaschen werden sollte, ohne es nah zu machen.

Wenn nun die Irga-Grubenverwaltungen glauben, daß durch diese aufgezählten Maßnahmen sich die Kampfkraft der Belegschaften abgeschwächt habe, so gibt sie sich falschen Illusionen hin. Die betroffenen Bergleute haben in zwei Protestversammlungen einmütig beschlossen, daß sie durch Selbsthilfe, d. h. Verweigerung jeder über tariflichen Arbeitszeit, die himmelschreienden Mißstände beseitigen wollen. Druck erzeugt eben Gegendruck, und wenn dieser aufgezwungene Gegenruck bis zur Gefährdung des Wirtschaftsfriedens gehen sollte, was bei der Erbitterung der Belegschaften nicht ausgeschlossen ist, so ist das nur auf die Starköpfigkeit der Grubengewaltigen zurückzuführen.

Dasselbe gilt auch für die Forderung der Bergbauindustriearbeiter um Verkürzung der aufgezwungenen langen Arbeitszeit. Einmütig stehen die Belegschaften hinter dem durch ihre Funktionäre am 5. August in Halle gefaßten Beschluß, das Mehrarbeitsabkommen am 15. August zu kündigen. Diese durchaus gerechte Forderung werden sie ebenso geschlossen und einmütig zum Siege führen, wie ihre Lohnforderung im Oktober 1927.

Organisierte Bergbauindustriearbeiter sind keine Gesinnungslumpen, die sich durch Nichtzahlung von Jahresprämien und sonstigen Schikanen einschüchtern lassen, sie kämpfen, wenn es sein muß, trotz alledem und alledem!

### Verbandsnachrichten.

#### Rechtschutz.

Bannesheide. Rechtschutz in allen Fragen wird den Mitgliedern der Zahlstellen Bannesheide und Kohlberg jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 7 bis 8 Uhr, im Lokale Subert Zanen, früher Dumont, kostenlos erteilt.

Sonntag, 2. September, vorm. 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshause in Kettwig a. d. Ruhr eine Nestfestkonferenz statt. Die Frauen der Kollegen sind mit eingeladen. Die Kollegen, welche Mittagessen wünschen, müssen dieses dem Unterzeichneten unverzüglich melden. Herrmann Kutjcheid.

### Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!**

Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Ueber 4500 Aerzte und Professoren anerkennen die hervorragende Wirkung des Togonal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis Mark 1.40.

0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Ac. acet. sal. ad 100 Amyl.



# SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER

erzählt weiter:

Damals erlebte ich meine glücklichste Zeit. Ich war jung, reich und von allen Menschen um der Genüsse willen beneidet, die ich mir durch meine Erfahrungen auf den 3 großen Reisen verschafft hatte. Ich dünkte mich, der Glücklichste der Sterblichen zu sein, aber Allahs Wege sind unerforschlich, er bewegt das menschliche Herz und läßt ihn die Größe seines Glückes nicht ahnen. Im trauten Kreise erzählte ich von meinen Abenteuern, und die Erinnerung wurde das Gift, das mich bald zu neuen Reisen trieb, die unendlich viel Mühseligkeiten, Qualen und Verzweiflung brachten, bis ich alt wurde und die ersehnte Cigarettenmischung vervollständigte.

Aber laßt uns die Sorgen vertreiben und als Philosophen das Schöne genießen, das nach Allahs unerforschlichem Ratschluß die Weisheit des Alters erfreut. Laßt uns die Cigarette genießen, die das Ergebnis eines langen Lebens bedeutet, die treueste aller Freundinnen, die

(Fortsetzung folgt.)

CIGARETTE

# SALEM AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften erhältlich



5 Pf.

